

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Kapitalistische Kreditpolitik und Planwirtschaft

Long Sender

Die gegenwärtige Krisenperiode demonstriert wieder einmal die Paradoxie der kapitalistischen Wirtschaft: Stodung im Güterabsatz trotz Mangels innerhalb der Masse der arbeitenden Klassen, Unmöglichkeit, den arbeitssuchenden Menschen einen Platz im Produktionsprozeß einzuräumen. Eine solche Periode hat immer eine tiefe aufklärende Wirkung über das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft bei denjenigen, die als ihre Opfer zu leiden haben. Auf der andern Seite bemühen sich die Vertreter dieses herrschenden Systems, nach Auswegen zu forschen, wie diese sozial gefährlichen Erscheinungen innerhalb der bestehenden Ordnung zu mildern oder gar zu beseitigen wären. So hat die gegenwärtige Krise zu einer sehr eingehenden Debatte innerhalb der nationalökonomischen Welt geführt, die sich speziell um die Frage drehte: Wie kann das Auf und Nieder der Konjunktur beeinflusst und schließlich überwunden werden — freilich, ohne daß an die Basis der herrschenden Ordnung gerührt werde. Währungstheoretiker wie Professor Keynes und Dr. L. A. Hahn kamen zu dem Ergebnis, daß es durchaus möglich sei, die Schwankungen im Güterumschlag zu überwinden.

Insbesondere Dr. L. A. Hahn wirft in einem Aufsatz in der „Sozialen Praxis“ die Frage auf, ob überhaupt die Möglichkeit einer Beherrschbarkeit der Konjunktur gegeben sei. Auf Grund der neueren theoretischen Forschung bejaht er diese Frage entschieden. Er bejaht auch das Ideal der **Konjunkturlosigkeit**. Dieses Ziel soll erreicht werden durch das Mittel der Kredit- und Diskontpolitik. Nicht Teilerscheinungen auf Einzelgebieten der Volkswirtschaft sollen damit bekämpft werden, sondern „jene aus der Vorkriegszeit bekannten, die gesamte Volkswirtschaft umfassenden Erscheinungen, die man als allgemeine Konjunkturen zu bezeichnen pflegt, können mit zunehmender Technik ihrer Beherrschung bis auf praktisch belanglose Reste aus der Welt geschafft werden“. Allerdings geht diese Auffassung von der Voraussetzung aus, daß in der Ausdehnung und Zusammenziehung des Kredits die letzte Ursache für die konjunkturmäßigen Erscheinungen liegt.

Und da diese Richtung allein im Kreditwesen die Ursachen der Konjunkturercheinungen sieht, erstrebt sie ihre Überwindung auch lediglich von dieser Seite. Sie betont, daß jede Zentralbank in der Lage sei, die Konjunktur ihres Landes zu beherrschen, indem sie ihr Angebot durch Diskonterhöhung des Kredits verteuert oder durch Diskonterniedrigung verbilligt. Beherrscht werden soll diese Diskontpolitik von dem Gedanken, den Diskontsatz so fest-

zusehen, daß sowohl der Hauffestimmung wie der Baiffestimmung jeweils entgegengearbeitet wird. Hoffnung auf weitere Preissteigerung soll durch Diskonterhöhung, Furcht vor Preissturz durch Diskontermäßigung kompensiert werden.

Diese Anschauungen der Vertreter einer konjunkturlosen kapitalistischen Wirtschaft ist von allergrößtem Interesse für uns. Einmal als Beweis für den Grad der Beunruhigung, den die derzeitigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus für das ganze soziale Gefüge entstehen lassen. Und zum andern als Dokument dafür, daß die kapitalistische Theorie als solche nicht mehr fortentwickelt werden kann, ohne in Widerspruch mit sich selbst zu geraten.

Denn die konjunkturlose kapitalistische Wirtschaft ist ein Widerspruch in sich selbst. Läßt sich doch das kapitalistische System mit all seinen schmerzlichen Erscheinungen nur dann verteidigen, wenn man in dem ihm innewohnenden Prinzip des Liberalismus den besten Förderer der Produktivität, den einzigen Antrieb zu wirtschaftlicher Kraftsteigerung erblickt. Dr. Sahn selbst unterstreicht diese im Kapitalismus bedeutsame Wirkung der Konjunktur als der großen Aufrüttlerin aus wirtschaftlichem Schlaf und wirtschaftlicher Stagnation und ist skeptisch darüber, ob sie daher überhaupt zu entbehren ist. Aus welchem Grunde aber will man die Aufrechterhaltung des Prinzips des Privateigentums und des damit verbundenen Rechtes zur Ausbeutung rechtfertigen, wenn man einmal damit einsetzt, den wichtigsten dieser Weltanschauung innewohnenden Grundsatz durch Gegenmaßnahmen unwirksam zu machen? Nehmen wir an, die Auffassung der erwähnten Theoretiker sei richtig und die konjunkturlose kapitalistische Wirtschaft auf dem Wege der Kreditpolitik herzustellen. In einem solchen Zustand der Wirtschaftsleitung hat man die wichtigste Funktion zur Regulierung der Wirtschaft dem staatlichen Kreditinstitut übertragen und die angeblich wichtigste Funktion des Unternehmers, wie auch dessen Risiko und den Anspruch auf die viel genannte „Risikoprämie des Unternehmers“ beseitigt! Gar kein Zweifel: das herrschende Wirtschaftssystem soll gerettet werden dadurch, daß man den ihm innewohnenden Prozeß des Auf und Nieder der Konjunktur mit seinen sozial immer gefährlicher werdenden Folgen zu eliminieren trachtet — aber die Theoretiker übersehen, daß sie damit dem Kapitalismus seine Seele rauben, ohne die er nicht lange fortexistieren könnte.

Der Glaube an die Möglichkeit der Herstellung einer kapitalistischen konjunkturlosen Wirtschaft durch das Mittel der Diskontpolitik geht aber auch von der irrigen Auffassung aus, als sei der ganze Konjunkturverlauf lediglich von der Kreditpolitik abhängig und darum allein von dieser Seite her zu beeinflussen. Diese Auffassung geht völlig vorüber an den viel primäreren Krisenursachen, **den Störungen in der Proportionalität der Produktion sowohl als der Verteilung**, die als Folge der freien Wirtschaft stets auftreten. Jeder Wirtschaftsblüte wohnt die Tendenz inne, zur verstärkten Herstellung von Produktionsgütern zum Zwecke weiterer Ausdehnung der Produktion zu führen, zur verstärkten Herstellung von Produktionsinstrumenten, die aber nur dann in Betrieb gesetzt oder gehalten werden können, wenn gleichzeitig der breiten Masse der Konsumenten ein der Erwerb eines steigenden Anteils am Sozialprodukt ermöglicht wird. Tritt hier eine Stodung ein, steigt die Kaufkraft der Massen nicht in gleichem Maße, so

folgt auch die Stodung in der Produktion, die sich zunächst im Rückgang von Aufträgen in der Industrie der Produktionsmittel äußert und in der Rückwirkung auch auf die Industrien der Konsumtionsmittel überschlägt. Es besteht in der herrschenden Ordnung in der Tat kein anderes allgemeines Barometer, das die Proportionalität in der Sphäre der Produktion und Verteilung mißt, als das der Konjunktur mit dem Wechsel zwischen Prosperität und Krise. Selbst wenn einzelne Gruppen der Industrie sich zusammenschließen und innerhalb ihrer nationalen oder internationalen Gruppe die Konkurrenz vermindern oder ausschalten, so ist damit in keiner Weise festgestellt, wie sich die Proportion dieser Gruppe in der Produktion zu anderen Produktionsgruppen verhält, noch in welcher Relation ihre Produktion zu der voraussichtlichen Aufnahmefähigkeit der Konsumenten für die gesamten Güter steht. Die zusammengeschlossenen Unternehmer der Stahlindustrie können nicht abschätzen, wie sich die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie oder in der chemischen Industrie gestalten und ob diese fördernd oder hemmend auf den Bedarf an Luxusgütern wie beispielsweise Automobile wirken werden. Oder aber auch, ob eine vermehrte Kaufkraft der Bevölkerung in der Richtung vermehrten Erwerbs von Kleidungsstücken und dadurch erhöhter Anschaffung von Textilmaschinen wirken wird. Was sich bisher an Zusammenschlüssen in der modernen Industrie vollzogen hat, war beherrscht von dem Gedanken, jene betreffende Gruppe im Konkurrenzkampf zu stärken, wenn nötig auf Kosten anderer Gruppen. (Siehe das Beispiel in der eisenerzeugenden Industrie gegenüber der Eisenfertigungsindustrie.) Dieser ganzen Konzentration lag nichts ferner als der Gedanke, nach einem einheitlichen Plane und Prinzip die gesamte Produktionsleitung zu erstreben und in engstem Zusammenhange damit sowohl die richtige Relation innerhalb der verschiedenen Produktionszweige herzustellen, wie den Absatz einer größtmöglichen Gütermenge zu sichern. Alle bisherige Organisation innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hat nichts in der Richtung getan, der Gefahr des Entstehens einer Disproportionalität auf den Gebieten der Produktion wie Verteilung zu begegnen und solange die primären Krisenursachen auf diesen Gebieten bestehen, ist eine völlige Krisenüberwindung nur durch Beeinflussung eines sekundären Moments, wie das der Kreditpolitik, unmöglich.

Zur Krisenbekämpfung ist eine restlose Aufdeckung der Krisenursachen notwendig. Dabei kann zugegeben werden, daß als eine Folge der Disproportionalität in der Produktion auch eine falsche Zuleitung von Kredit erfolgen und die Krise verschärfen kann. Dieser **Verschärfung** der Krise durch die Diskontpolitik kann vorgebeugt werden. Aber ist dies wirklich ein so völlig neuer Gedanke und ist die Praxis nicht schon in der Vergangenheit trotz mancher falscher theoretischer Auffassungen diesen Weg gegangen? Freilich war die Praxis der Vergangenheit meist erst nach dem Bemerkbarwerden der Störungen wirksam. Wenn die Kreditpolitik aber als Prophylaxe, als vorbeugendes Mittel wirken soll, so müßte doch erst derjenige Apparat vorhanden sein, durch den man vor Eintreten von Störungswirkungen die Gefahr der Disproportionalität messen kann. Diesen Apparat kennt die kapitalistische Wirtschaft nicht. Sie lehnt es bewußt ab, nach einem allgemeinen volkswirtschaftlichen Plane zu arbeiten. Wie kann aber die Kreditpolitik

planmäßig einwirken, wenn man ihr die erforderlichen Unterlagen gar nicht geben kann? Das staatliche Geldinstitut ist aber außerstande, beizuhelfen, ieweil man erkennen zu können, daß das Ausmaß der Investitionen in der Produktionsmittelindustrie die Grenze der Aufnahmefähigkeit des Marktes resp. der Möglichkeit seiner Erweiterung erreicht hat oder wie sich das Unternehmertum wichtiger Industrien der weiteren Lohngestaltung gegenüber verhalten wird. Und wenn Herr Dr. Hahn fordert, daß das Ideal des Reichsbankleiters neben der Stabilität des Kreditvolumens die Stabilität der Preise sein müsse, so ist dem entgegenzuhalten, daß in dem gegenwärtigen Entwicklungstempo der Produktionstechnik und Organisation eine Stabilität des Preisniveaus weder möglich, noch aber auch erwünscht ist. Ebensovienig wie die von Dr. Hahn geforderte Stabilität des Kreditvolumens. Beides steht doch in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktion, der Leistungsfähigkeit des Apparates. Stabilität der Preise wäre gleichbedeutend mit Verzicht auf die preismindernden Folgen der Verbesserung der Produktionsleistung und würde nicht die von den Finanztheoretikern gewünschte Konjunkturlosigkeit herbeiführen, sondern ließen das Land, das nach solchen Grundsätzen seine verantwortlichen Stellen arbeiten läßt, gewaltig hinter andere Industriestaaten zurückdrängen. Ebenso entspricht es gesunder Wirtschaftspolitik, einem beträchtlich erhöhten gesellschaftlichen Gesamtprodukt, dem eine entsprechende Vermehrung der Marktaufnahmefähigkeit gegenübersteht, auch ein erhöhtes Kreditvolumen zur Verfügung zu stellen.

Wir kommen daher zu folgender Schlussfolgerung: Die Schaffung der konjunkturlosen kapitalistischen Wirtschaft durch das Mittel der Kreditpolitik ist eine Utopie. Sie nimmt die sekundären Erscheinungen des Kapitalmarktes zum alleinigen Ausgangspunkt, läßt aber die primären Ursachen der Krisen auf dem Gebiet der Produktion und Verteilung völlig unberücksichtigt. Das Mittel der Kreditpolitik kann lediglich zu dem Zwecke angewandt werden, bereits eingetretene Störungen zu mildern. Von dieser beschränkten Möglichkeit freilich muß im Interesse der Gesamtheit Gebrauch gemacht werden. Dabei wird die Frage akut werden, ob zur Handhabung einer solchen Kreditpolitik das Instrument des staatlichen Kreditinstituts ausreichend sein wird, oder ob dazu nicht gleichzeitig ein weitreichender Einfluß der zentralen Staatsinstitution auch auf die Privatbanken unerlässlich ist.

Das freilich lehnen diejenigen ab, die am herrschenden System nichts ändern wollen. Sie wollen die konjunkturlose Wirtschaft und wollen damit die herrschende Ordnung ihres wichtigsten Regulators entkleiden, ohne irgendein anderes regulierendes und förderndes Prinzip an die Stelle zu setzen. Sie beginnen einzusehen, daß die gegenwärtige kapitalistische Form der Wirtschaft zu immer stärkeren sozialen Erschütterungen führt, seine Funktion nicht mehr zu erfüllen vermag — aber es fehlt ihnen an Einsicht und Kühnheit, die Umgestaltung zu einer höheren Organisationsform unseres ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens zu fordern!

Die Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Gg. Engelbert Graf

Seit nunmehr neun Monaten hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der Wirtschaftsschule in Dürrenberg ein eigenes Bildungsheim. Neun Monate sind eine allzu kurze Zeit, als daß in ihnen ein unmittelbarer Erfolg der Schule schon nach außen sichtbar in Erscheinung treten könnte. Die vierhundert Hörer, die an den bisherigen Kursen teilnehmen konnten, sind zwar eine ganz stattliche Anzahl, wenn man sie auf einem Haufen beisammen hat, aber sie stellen immerhin im Vergleich zu der Gesamtmitgliederzahl des Verbandes erst ein halbes Promille dar; erst auf 2000 Verbandsmitglieder kommt ein Kursusteilnehmer. Und in einer derartigen Verdünnung braucht selbst die beste Hefe längere Zeit, um den Teig zu durchsäuern. Der eigentliche Erfolg gewerkschaftlicher Schulungsarbeit zeigt sich erst in Jahren und wird sich dann nicht mehr statistisch erfassen lassen, sondern in einer Hebung des geistigen Gesamtniveaus, in besserem Verständnis gewerkschaftlicher und politischer Aktionen und in stärkerer eigener Aktivität zum Ausdruck kommen.

Daß die Schule des Verbandes sowohl in ihrem Aufbau wie in ihrer Haltung sich das Vertrauen der Verbandskollegen erworben hat und zu einem unarschaltbaren Bestandteil des Verbandslebens geworden ist, darüber dürfte jedoch kein Zweifel mehr sein. Das beweisen die zahlreichen Briefe der bisherigen Hörer, das beweist die wachsende Inanspruchnahme der Schule bei Beratung in den verschiedensten Bildungsangelegenheiten, das beweist die rege Mitarbeit und geistige Lebendigkeit der zahlreichen Kollegen, die seit Monaten regelmäßig durch Aufsätze verschiedener Art im Fernunterricht in dauernder Verbindung mit der Schule stehen. Alle Lehrer stehen unter dem Eindruck, daß es mit Hilfe der Schule gelungen ist und weiter gelingen wird, eine Reihe geistiger Kräfte, die bisher verborgen waren oder sich in allzu großer Bescheidenheit oder im Banne eines unberechtigten Minderwertigkeitsgefühls allzu sehr im Hintergrund hielten, ans Licht zu ziehen und so der gesamten Arbeiterbewegung neues Blut, frische, belebende Säfte zuzuführen. Auch daß man im Reich sowohl wie im Ausland auf unsere Schule aufmerksam geworden ist und daß sie in der Arbeiterbewegung mit unleugbar warmer Anteilnahme aufgenommen worden ist, dürfen wir als einen Erfolg buchen. Wiederholt erhielten wir Besuche von Behörden und Arbeiterdelegationen; Genossen aus Osterreich, Rußland, Finnland, der Tschechoslowakei studierten unsere Einrichtungen und unsere Unterrichtsmethoden, und aus den verschiedensten anderen Ländern wurden wir um ausführliche Berichte über die Schule ersucht. So kann der Verband wohl mit Stolz von sich sagen, daß er trotz der Wirtschaftskrise und trotz starker finanzieller Inanspruchnahme auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Bildungsarbeit einen weitgespannten Schritt nach vorwärts getan und erfolgreiche Pionierarbeit geleistet hat.

Bei der Auswahl der bisherigen Kurse und Hörer hat sich der Hauptvorstand im wesentlichen an die Brancheneinteilung in der Metallindustrie gehalten. Vorkläufig galt es, in kürzeren Kursen in allererster Linie zunächst

einmal eine größere Anzahl Betriebsräte und Funktionäre von wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus mit ihren Aufgaben vertraut zu machen. Man hat in der kurzen Dauer dieser Kurse — drei, in einem Falle auch vier Wochen — einen grundlegenden Mangel unserer Schule erblicken wollen und hat dafür den hämißchen Ausdruck „Schnellbleiche“ gebraucht. Wir sind uns selbstverständlich darüber klar, daß drei Wochen eine kurze Zeit darstellen, daß man in dieser Frist weder Gelehrte heranbilden, noch Musterbetriebsräte erziehen kann. Aber besser drei Wochen als gar nichts; und es ist für unsere Verbandskollegen heute schon außerordentlich schwer, sich einen Urlaub von dieser kurzen Dauer für den Besuch eines Fortbildungskurses zu erwirken. Anerkanntermaßen lassen sich aber in einem Internat bei intensiver geistiger Inanspruchnahme und mit Rücksicht auf die lebhaft eigene geistige Arbeit und geistige Austauschmöglichkeit der Hörer auch bei Kursen von wenigen Wochen Dauer größere Erfolge erzielen, als bei den üblichen Abendkursen, selbst wenn diese über Monate und Jahre fortgesetzt werden. Außerdem sind die kürzeren Kurse ja nur als eine Art Unterbau gedacht; aus ihnen sollen später die fähigsten Hörer ausgewählt und in besonderen Kursen von mehreren Monaten Dauer noch weiter und intensiver geschult werden. Gerade diese Fortgeschrittenenkurse in Verbindung mit gelegentlichen Wiederholungskursen werden zu einer unbedingt notwendigen Fortsetzung und Erweiterung der bisherigen Arbeit dienen und der Bildungsarbeit des Verbandes erst einen gewissen Abschluß geben.

Folgende Branchen konnten bei den seitherigen Kursen berücksichtigt werden: Schwereisenindustrie, Elektrizitätswerke, Autoindustrie, See- und Flußschiffswerften, Lokomotiv- und Waggonbau, Former- und Gießereibranche, Landwirtschaftliche Maschinen. Außerdem fand je ein Kursus statt für Betriebsräte und Funktionäre der im Stahltrüß vereinigten Werke und für Leiter der Jugendabteilungen des Verbandes. Die nächsten Kurse sollen berücksichtigen: Metallarbeiter in der chemischen Industrie, Baubranche, Klempner und Installateure, Jugendleiter; auch sind besondere Kurse für Angestellte des Verbandes in Aussicht genommen.

Von einer Ausnahme abgesehen, dauerten die Kurse jeweils drei Wochen und wurden die Hörer nach Prüfung der eingereichten Gesuche durch die Schulleitung von dem Hauptvorstand ausgewählt.

Die normale Teilnehmerzahl der bisherigen Anfängerkurse beträgt 50; diese Zahl wurde in einzelnen Fällen überschritten, in anderen wegen Urlaubsverweigerung, Erkrankung u. dergl. nicht ganz erreicht.

Die Teilnehmerzahl verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Kurse:

1. Schwereisenindustrie	48	Kollegen
2. Elektrowerke	47	„
3. Autoindustrie	51	„
4. Werften	53	„
5. Lokomotiv- und Waggonbau	47	„
6. Former	52	„
7. Stahltrüß	40	„
8. Jugendleiter	49	„
9. Landwirtschaftliche Maschinen	43	„

Zusammen 430 Kollegen

Davon entsandten die einzelnen Bezirke:

Essen	70 Hörer	Hagen	22 Hörer	Berlin	16 Hörer
Hamburg	51 "	Halle	21 "	Bielefeld	15 "
Frankfurt a. M.	38 "	Erfurt	18 "	Stettin	15 "
Dresden	33 "	Nürnberg	18 "	Brandenburg	12 "
Stuttgart	29 "	Hannover	18 "	Königsberg	11 "
Breslau	26 "	Köln	17 "		

Davon gehörten dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an:

Kursus	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	über 10 Jahre
1.	6	25	17
2.	7	19	21
3.	1	21	29
4.	4	19	30
5.	1	21	28
6.	3	17	32
7.	10	19	11
8.	10	19	20
9.	2	14	27
Zuf.	44	174	215

Es sind also fast stets Kursusteilnehmer solche Kollegen, die schon Jahre hindurch im Verband tätig sind, ja weitaus die Mehrzahl hat dem Verband bereits in der Vorkriegszeit angehört, kann also auf eine reiche gewerkschaftliche Erfahrung zurückblicken. Wichtig ist die Feststellung der Altersgruppen und des Durchschnittsalters der Hörer. Es waren alt:

Kursus	bis 20	21-25	26-30	31-35	36-40	41-45	46-50	über 50	Durchschnittsalter
	Jahre								
1.	—	4	7	13	17	5	2	—	34,5
2.	2	6	16	7	11	4	1	—	30,—
3.	1	7	8	12	15	8	—	—	35,5
4.	2	1	10	18	14	5	3	—	34,5
5.	—	—	9	15	13	8	2	—	35,5
6.	2	2	8	17	14	9	—	—	33,—
7.	—	2	11	12	11	2	1	1	34,5
8.	10	13	5	5	10	5	1	—	29,—
9.	1	3	10	13	9	5	2	—	34,—
Zuf.	18	88	84	112	114	51	12	1	33,3

Das Durchschnittsalter der Hörer ist im allgemeinen noch zu hoch. Den Altersgruppen nach wies bisher die beste Struktur der zweite Kursus (Elektrizitätswerke) auf. In der Arbeiterschaft sind die Jahrgänge zwischen dem 25. und dem 35. Lebensjahr durchschnittlich am aufnahmefähigsten. Damit ist nicht gesagt, daß etwa andere, jüngere oder ältere Altersgruppen stets ungeeigneter sein müßten; oft waren gerade ältere Kollegen unter unseren Kursusteilnehmern geradezu Vorbilder an Fleiß und solidarischem Verhalten den jüngeren gegenüber. Aber zumal die Jahrgänge um 40 herum neigen, besonders wenn sie in der Mehrzahl vertreten sind, sehr leicht zu einer gewissen Bequemlichkeit im Leben und Denken, sie haben gewisse Angewohnheiten, die ihnen die straffe Zucht eines Internats und die

lebhafteste geistige Mitarbeit im Unterricht, das Selbsterarbeiten und Selbstmühen unbequem erscheinen lassen. Es muß bei den künftigen Kursen darauf gesehen werden, daß zwar die älteren Kollegen nicht unberücksichtigt bleiben — das wäre kurzfristig gehandelt —, aber daß die jüngeren regsamere Altersgruppen die Mehrheit der Kurssteilnehmer stellen und daß das Schwergewicht sich von den 36- bis 40jährigen auf die 26- bis 35jährigen verschiebt. Auch die Zugehörigkeit zu den proletarischen Parteien zeigt ein sehr interessantes Bild. Es waren organisiert:

Kursus	SPD	KPD	USP	unorganisiert
1.	42	3	3	1
2.	33	6	—	3
3.	40	4	1	6
4.	47	1	1	4
5.	40	4	—	3
6.	29	9	—	14 (1)
7.	23	3	—	14 (1)
8.	42	3	—	4
9.	37	2	—	4
Zusammen	338	34	5	53

Auffallend ist die hohe Zahl politisch Unorganisierter bei den Kursen: Former- und Siebereibranche und Stahltrast.

Die Einteilung nach Branchen hat sich bis jetzt im großen und ganzen bewährt. Nicht allein, daß auf diese Weise eine einheitliche Grundlage gegeben war, auf der sich der Lehrstoff und die erläuternden Beispiele aufbauen ließen und daß der Austausch der Erfahrungen unter den aus allen Gegenden des Reiches zusammengekommenen Kollegen außerordentlich befruchtend wirkte — auch der Denkrhythmus und die gesamte psychische Haltung waren auf diese Weise ungefähr gleich. Nur machten sich bei dem Jugendleiterkursus die Altersdifferenzen der Kurssteilnehmer störend bemerkbar, und bei dem Kursus Lokomotiv- und Waggonbau hätten zweckmäßigerweise Lokomotiv- und Waggonbau als zwei gesonderte Branchen behandelt werden müssen.

Nach Beendigung des Kursus erhalten die Teilnehmer in regelmäßigen Abständen schriftliche Aufgaben aus den behandelten Unterrichtsgebieten oder über aktuelle wirtschaftspolitische und gewerkschaftliche Fragen. Der größte Teil der ehemaligen Hörer beteiligt sich an diesem Fernunterricht mit anerkanntem Eifer; von dem Erfolg legen verschiedene Arbeiten, die in der Metallarbeiter-Zeitung, in der Betriebsräte-Zeitschrift oder auch in der örtlichen Parteipresse veröffentlicht wurden, Zeugnis ab.

Die drei hauptamtlich angestellten Lehrer geben in ihrem Unterricht eine systematische Einführung in die grundlegenden Wissensgebiete: Volkswirtschaftslehre, Arbeitsrecht, kaufmännische und technische Betriebslehre und Gewerkschaftsgeschichte. Besondere Themen: Technische Fragen der betreffenden Branche, Unternehmerorganisationen, Berufshygiene und sonstige Spezialfragen werden von Gastlehrern behandelt. Durchschnittlich kamen auf jeden Kursus 126 Unterrichtsstunden; außerdem fanden (an den Sonntagen) 11 ganztägige und 13 halbtägige Exkursionen, dazu 17 Betriebs- und

sonstige Besichtigungen und 74 Abendveranstaltungen bildender oder geistiger Natur statt.

Über die während des Kurses abgelieferten schriftlichen Arbeiten, Entwürfe und Tests und die daraus gewonnenen soziologischen und pädagogischen Ergebnisse, die außerordentlich interessant sind und ganz neue Einblicke in die Psyche des Arbeiters geben, soll demnächst in einem besonderen Aufsatz berichtet werden.

Bei Außenstehenden hat die „strenge“, „Mönerliche“ Hausordnung des Internats Bedenken erregt. Vor allem das absolute Alkoholverbot — jeder Hörer verpflichtet sich, während der Dauer des Kurses auf jeglichen Alkoholgenuß zu verzichten —; dann aber auch die straffe Stundeneinteilung des Tages, die Konzentration der Hörer auf das Internat und auf die geistige Arbeit und die Verpflichtung zur Mithilfe bei häuslichen Arbeiten, wie Hausreinigung u. dergl. Aber das sind Selbstverständlichkeiten, sollten wenigstens Selbstverständlichkeiten sein bei allen Kollegen, denen Einfügung in die Gemeinschaft, praktische Solidarität und gegenseitige Hilfe als selbstverständliche Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaft gelten. Unsere Schule soll ein Stück Sozialismus verwirklichen, wenn auch der Charakter einer echten Gemeinschaftsschule sich noch nicht in allem verwirklichen ließ. Nach neun Monaten praktischer Erfahrung hat es sich denn auch gezeigt, daß mit ganz verschwindenden Ausnahmen alle Hörer durchaus Verständnis für die Notwendigkeit einer straffen Hausordnung und einer charaktervollen Selbstdisziplin hatten; denn sie liegen im Interesse des Verbandes und der Achtung, die der Verband für sich in Anspruch nehmen muß, sie liegen aber auch im Interesse des Erfolges unserer Bildungsarbeit. Die Schule soll eine Stätte ernster geistiger Arbeit und Selbstzucht sein, keine Sommerfrische, in der man sich auf Kosten des Verbandes ausleben kann. Wir hatten nur zweimal Anlaß, in Rücksicht auf Schule und Verband gegen grobe Disziplinlosigkeit einschreiten zu müssen; und unsere Maßnahmen wurden vom Hauptverband und von der Hörschaft durchaus gebilligt.

Selbstverständlich hätte die ganze Bildungsarbeit des Verbandes wenig Zweck, wenn die Kursteilnehmer sich mit ihrem neugewonnenen Wissen einzufahren würden. Die Ortsverwaltungen müssen sich ihrer ganz besonders annehmen. Noch nicht alle Ortsverwaltungen leisten die finanzielle Beihilfe zur Beschaffung von Büchern, deren Studium das in der Schule Gelernte erst vertiefen soll. Vor allem aber sollten die Hörer nach Rückkehr von dem Kursus möglichst bald zur Berichterstattung über das Gelernte in Funktionärsitzungen oder Versammlungen, zu Referaten und zu sonstigen zweckdienlichen Arbeiten herangezogen werden. Aus verschiedenen Städten erhielten wir schon Nachricht, daß sich dort, in engster Verbindung mit der Ortsverwaltung, die bisherigen Dürrenberger Hörer zu regelmäßigen Studienzirkeln zusammengeschlossen haben, in denen das Schulpensum nochmals gründlich durchgearbeitet und als Grundlage zu weiteren Studien benutzt wird. Alles in allem: die Schule in Dürrenberg kann beileibe noch nichts Endgültiges, Absolutes, Vollkommenes sein; noch ist sie Notstandsarbeit. Aber sie ist Anfang und ist ein erfreulicher Anfang, zu dessen weiterem Gelingen und weiterem Ausbau beizutragen, Ehrenpflicht des Verbandes und der Kollegen ist.

Wirtschaftliche Auswirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks

Karl Maier (Stuttgart)

Der heldenmütige, bewundernswürdige Kampf der englischen Bergarbeiter ist zu Ende. Die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit mag sich noch verzögern, eine feste Streikfront ist indessen nicht mehr vorhanden, denn ein großer Teil der Bergleute ist bereits in die Gruben zurückgekehrt. Dieser Lohnkampf hat an Dauer und Zahl der Beteiligten keinen Vorläufer. Daß die englischen Bergarbeiter einen solchen Kampf sieben Monate lang durchhalten konnten, verdanken sie ihrer großartigen Organisation, den Geldunterstützungen der internationalen Arbeiterschaft sowie der sozialen Gesetzgebung Englands. Diese legt den Gemeinden die Pflicht auf, die Familienangehörigen der Streikenden vor dem ärgsten Hunger zu schützen. Erst diese Unterstützung hat es den englischen Bergarbeitern ermöglicht, so lange auszuhalten.

Für den englischen Kohlenbergbau, die englische Industrie und die englische Schifffahrt hat der Streik einen Schaden gebracht, der zahlenmäßig nicht nachweisbar ist. Die Einbuße der Bergarbeiter an Lohn beträgt 1,3 Milliarden, der Lohnausfall anderer vom Kohlenmangel betroffener Betriebe 600 Millionen, was an produktiven Werten unausgenützt blieb, ist ziffernmäßig nicht zu belegen.

Die sichtbaren Erfolge des Streiks sind gering. Von den Arbeitslohn- und Arbeitszeitforderungen ist nur ein kleiner Teil erfüllt worden. Aber der moralische Streikerfolg ist ungeheuer. Die Welt hat zu spüren bekommen, was es bedeutet, wenn die Arbeiter nicht wollen. In allen Erdteilen wirkt sich der Streik aus. Das ist ein Plus dieses Aufstandes. Ein Mißerfolg war das Versagen der internationalen Arbeiterschaft.

Die Vereinbarungen über die Verweigerung der Kohlentransporte nach England sind von den Seeleuten und Hafenarbeitern nicht befolgt worden.

Es hieße „den Kopf in den Sand stecken“, wenn man dies nicht offen aussprechen würde, und über dieses Thema wird noch an berufener Stelle geredet werden müssen. Im folgenden sind nur wirtschaftliche Auswirkungen des Streiks behandelt. Wir können dabei das Motto voransetzen: Des einen Leid ist des andern Freud. Der Weltkohlenmarkt befand sich vor dem Ausbruch des Streiks in einer schweren Absatzkrise. (Diese war eigentlich der Kern des Konflikts.) England befriedigte rund ein Viertel des Weltkohlenbedarfs und mußte bei Ausbruch des Streiks seine Absatzgebiete notgedrungen kampfslos den anderen Kohlenländern überlassen. Diese haben die „Konjunktur“ auch weidlich ausgenützt.

Die Gesamtzeugung von Steinkohlen in den Haupterzeugungsländern Deutschland, Frankreich, dem Saargebiet, Belgien, Holland, Polen, der Tschechoslowakei und in den Vereinigten Staaten betrug in den Monaten Mai bis August d. J. 282,81 Millionen Tonnen. Im Jahre 1925 hatten diese Länder eine durchschnittliche Monatsgewinnung von 66,33 Millionen Tonnen, für vier Monate von 265,32 Millionen Tonnen. In den vier Streikmonaten haben also diese Länder 17,49 Millionen Tonnen mehr erzeugt, als in vier Normalmonaten 1925. Die Veränderungen in allen bedeutenden

Kohlenländern seit Streikbeginn sind folgenden Zahlen zu entnehmen. Es betrug die Steinkohlengewinnung in Millionen Tonnen (nach Wirtschaft und Statistik, Nr. 20/1926):

	Monatsdurchschnitt					
	1913	1925	Mai 1926	Juni 1926	Juli 1926	Aug. 1926
Deutschland	11,78	11,06	10,68	11,76	18,07	12,88
Saargebiet	1,10	1,08	1,05	1,09	1,19	1,14
Frankreich	8,72	4,—	8,94	4,43	4,88	4,96
Belgien	1,90	1,98	1,85	2,10	2,18	2,12
Holland	0,16	0,59	0,68	0,74	0,79	0,77
Polen	3,89	2,40	2,22	2,65	3,47	3,66
Tschoslowakei . . .	1,19	1,04	0,90	0,98	0,98	1,27
Großbritannien . . .	24,34	20,96	?	?	?	?
Vereinigte Staaten . .	43,09	44,23	42,74	46,20	47,08	49,51
Südafrika	0,67	0,97	1,05	1,07	1,10	1,07
Britisch-Indien . . .	1,31	1,65	1,67	1,62	1,45	?

Von dem englischen Ausfall auf den Weltmärkten fiel der Hauptanteil an Amerika. Für dessen Volkswirtschaft war jedoch die vermehrte Kohlenausfuhr nicht so spürbar, wie für Deutschland und Polen. Der deutsche Kohlenbergbau hatte vor dem Streik unter dem englischen Wettbewerb sehr zu leiden. Englische Kohle drang weit in die Küstengebiete ein, ganz abgesehen von den Auslandsmärkten. Durch den Streik sind die Zechen ihre Halbenbestände um teures Geld losgeworden (deren Qualität sich mit der Zeit sehr verschlechtert hatte) und die Förderung konnte ganz erheblich erhöht werden. An den Börsenkursen der Kohlenwerte kann man am besten ablesen, wie günstig der englische Streik auf den deutschen Kohlenbergbau eingewirkt hat. Großen Vorteil erzielte auch Polen, dessen Kohlenabsatz durch den deutsch-polnischen Zollkrieg schwer beeinträchtigt war. Der englische Konflikt schuf ein Ventil durch die Kohlenausfuhr nach dem Norden, nach Österreich und Italien.

Deutschland, Frankreich und Polen waren in der Lage, ohne ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten die durch den Streik geminderte Einfuhr auszugleichen und auf dem Weltmarkt in die seither von England versorgten Gebiete einzudringen.

Ungünstig war der Streik für eine Reihe von Ländern, die entweder vorwiegend auf ausländische Einfuhren angewiesen sind oder ihre Erzeugung nicht in ausreichendem Maße steigern konnten. In Belgien zum Beispiel entstand ein drückender Kohlenmangel, unter dem die Küstenschiffahrt und die öffentlichen Betriebe litten. In Dänemark mußte der Eisenbahnverkehr infolge Kohlenmangels eingeschränkt werden, in Südamerika nahm die Kohlenknappheit zu, Spanien mußte die Ausfuhr von Kohle verbieten. Auch in Deutschland wurde mit der Länge des Streiks eine Kohlennot bemerkbar. Die Maßnahmen des deutschen Reichskohlenkommissars zur Einschränkung der deutschen Ausfuhr sind bekannt.

Die Gleichgewichtsstörungen auf dem Weltmarkt traten erst im September ein; bis dahin hatte der englische Ausfall durch Halbenbestände und vermehrte Erzeugung in den Kohlenländern ausgeglichen werden können. Dieser Umstand prägt sich deutlich in den Preisen aus. Die Aufwärtsbewegung vollzog sich anfänglich langsam, erst der September/Oktober zeigt ein starkes Anziehen.

Die Preise für englische ungefeibte Northumberland betragen in Schilling:

April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
14/—	15/8	16/9	19/1	21/9	32/6	50/—

Ruhrsetzförderkohle, die in der ersten Septemberwoche 50 Schilling kostete, stieg in der vierten Oktoberwoche auf 75 Schilling.

Die Weltmarktkohlenpreise haben sich innerhalb der sieben Streikmonate teilweise nahezu vervierfacht. Nach der allmählichen Befriedigung des heimischen Bedarfs und der Auffüllung der leeren Lager und Kohlenstationen in den Weltmeeren wird England wieder auf dem Weltmarkt erscheinen und versuchen, die verlorenen Absatzgebiete zurückzuerobern. Hand in Hand damit werden die Preise zurückgehen, denn die Zurückgewinnung wird in der Hauptsache eine Preisfrage sein.

Vorerst ist es mit den vor dem Streik gültig gewesenen Kohlenpreisen, besonders für Bunkerkohle, vorbei und der „Tiefstand der Kohlenpreise auf dem Weltmarkt“ überwunden.

Auch dies ist eine ungewollte und unerwünschte Begleiterscheinung des Streiks und nicht die einzige, aus der die Arbeiter lernen müssen. Wir haben in obigen Ausführungen nur einige wirtschaftliche Seiten des Streiks behandelt. Die Lehren und Schlussfolgerungen aus dem englischen Kohlenstreik bedürfen noch einer gründlichen Aussprache und Erörterung.

Wirtschaftskrise und Unternehmerreaktion

Josef Belina (Auffig)

Nach der Ruhrkonjunktur im Jahre 1923 wurde die tschechoslowakische Eisenindustrie in ihrer Produktionsmöglichkeit erheblich geschwächt. Man berechnet die Produktionskapazität der tschechoslowakischen Eisenwerke mit 1,6 Millionen Tonnen jährlich, wovon 1,4 Millionen auf die großen Werke in Wittowitz, Poldihütte, Prager Eisen und Berg- und Hüttenbaugesellschaft entfallen. Betrug die wirkliche Produktion aber schon 1913 nur 1,237 Millionen Tonnen, so sank sie 1922 auf ihren tiefsten Stand mit 721 000 Tonnen, also nur etwa 45 vH der Kapazität. Der Ruhereinbruch bewirkte dann eine Steigerung auf 1,2 Millionen, volle 69 vH der Produktion gingen aber in das Ausland. Die erhöhte Bautätigkeit vermochte auch für die folgenden Jahre eine Produktionssteigerung zu bewirken, obgleich der ausländische Anteil an der Produktion erheblich zurückging. So stieg in der ersten Hälfte 1924 schon der Inlandsabsatz des Roheisens auf 53 vH, 1925 gar auf 55,5 vH. Die tschechoslowakische Maschinenindustrie erhält nämlich seit etwa zwei Jahren zahlreiche Aufträge zur Einrichtung von Zuckerrfabriken, Textilfabriken usw. auf dem Balkan, in England, Schweden und in anderen Ländern. Dadurch wird eine gewisse Konjunktur bewirkt, ihre Folgen machen sich freilich dann in wenigen Jahren auf anderen Gebieten bemerkbar. Während Zucker, Textilien und Glas Hauptexportartikel waren, geht nun die Ausfuhr zurück, weil man in den Hauptbezugsländern nun selbst zur Eigenproduktion übergeht, so daß sich in der Gesamtheit eine Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Lage der tschechoslowakischen Republik ergibt. Trotz-

dem sich nun die jährliche Produktion von Roheisen und Rohstahl auf 1,2 Millionen Tonnen hält, sind von den bestehenden 21 Hochofen 1925 nur 11, im laufenden Jahre 1926 12 im Betriebe gewesen. Die Tagesleistung beträgt 3500 bis 4000 Tonnen, das sind etwa 4 vH der kontinentalen Erzeugung.

In einem Vortrag, den Direktor Dr. Matys von der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft in der tschechoslowakischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft dieser Tage hielt, führte dieser Fachmann die mangelhafte Konkurrenzfähigkeit auf die ungenügende Rohstoffbasis und die hohe Produktionsbelastung durch Steuern und Abgaben zurück. Nur die Hälfte des Erzbedarfs der Werke kann aus inländischen Lagern gedeckt werden, das fehlende Quantum muß aus Schweden und in der letzten Zeit aus Jugoslawien eingeführt werden. Das bedingt eine Verteuerung der Produktion, ebenso auch die weite Entfernung des Rohes von den Werken. So haben die böhmischen Werke eine Entfernung von 400 Kilometer für die Kohlzufuhr zu überwinden, die slowakischen von 250 Kilometer. Rheinland und Frankreich hätten hier wesentlich bessere Verhältnisse, weil die Werke unmittelbar an der Kohl- und Erzbasis lägen. Durch die verschiedenen Abgaben, wie Kohlensteuer, Verkehrssteuer, Sprengmittelsteuer und Umsatzsteuer berechnet Dr. Matys eine Belastung der Eisenproduktion mit 4 Milliarden Kronen im Jahre, also einer halben Milliarde Mark, wodurch die Preisdifferenz gegenüber dem Weltmarkt entstände, die auch beim Exportverkauf zu Verlustpreisen nötig.

Diese Verhältnisse bewirkten die schon 1922 erfolgte Organisation der tschechoslowakischen Eisenwerke in einer gemeinsamen Verkaufsstelle, über welche alle Bestellungen geleitet werden müssen. Der erzielte Ertrag des In- und Auslandgeschäftes wird dann so aufgeteilt, daß jeder Betrieb für jede Gewichtseinheit der gelieferten Ware gleicher Gattung den gleichen Preis erhält. Nachdem auch bereits eine interne Quotenverteilung vorhanden ist (Witkowitz hat 27,553 vH der Gesamtquote, Prager Eisen 24,095 vH, Berg- und Hüttenbaugesellschaft 21,834 vH, den Rest die kleineren Werke), war es ein leichtes, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die sich dem Anschluß an den kontinentalen Eisenpakt durch die Firma Sahn in Freistadt, welche 3,429 vH der Quote hat, entgegenstellten, so daß der Beitritt nunmehr beschlossen wurde. Als Quote wird die tatsächliche Rohstahlerzeugung im ersten Quartal 1926 beansprucht, was einer Jahresproduktion von 1,5 Millionen Tonnen gleichkäme.

Man sieht, daß es die tschechoslowakischen Eisenwerke ausgezeichnet verstehen, sich eine internationale Quote zu sichern, die ziemlich nahe an die effektive Kapazität der Werke mit 1,6 Millionen heranreicht. Sie werden also ihre Profite bewahren, schlimmer wird es allerdings den Maschinenfabriken ergehen. Ihr Beschäftigungsgrad ist heute schon ein erheblich geringerer als jener der Eisenwerke. Der Konzentrationsprozeß, der sich gleichzeitig vollzieht, nimmt den Mittel- und Kleinbetrieben fast überhaupt jede Konkurrenzbasis und Arbeitseinstellungen der Fabriken sowie Konkurrenz an der Tagesordnung. Besonders die in den Grenzgebieten in Nordböhmen und Nordmähren errichteten Maschinenfabriken, die allerdings noch aus der Feudalzeit stammen und nur mit Rücksicht auf den Holzreichtum und die billigen Arbeitskräfte der Gebirgsgegenden von den adeligen Groß-

grundbesitzern errichtet wurden, ohne daß man auf den Standort vom Standpunkt des Transportes der Rohstoffe und der Fabrikate Rücksicht genommen hätte, leiden ganz außerordentlich und Betriebe, die vordem bis zu 1000 Arbeitern beschäftigten, sind heute vollständig lahmgelegt. Man kann sagen, daß sich die gesamte Produktion um die **Skodatwerke** konzentriert, die heute schon neben dem großen Stammwerk in Pilsen, das gegenwärtig rund 11 000 Arbeiter beschäftigt, auch große Betriebe in Prag und Königgrätz, die Automobilfabrik Laurin & Klement in Jungbunzlau, eine Schiffswerft in Komarno an der Donau besitzen und nunmehr auch die große Böhmisches-Mährische Maschinenfabrik, die sich erst vor kurzem mit der elektrotechnischen Fabrik Kolben fusionierte, in ihren Konzern einbeziehen wollen. Daneben fallen eigentlich nur noch die Brüner Maschinenfabriken ins Gewicht. Gerade sie sind aber durch die Affäre der Ersten Brüner Maschinenfabrik schwer erschüttert worden. Die Firma gehört zu den ältesten Fabriken, sie bezahlte jahrelang glänzende Dividenden, bis sich herausstellte, daß die Gewinne seit 1922 eigentlich nur auf dem Papier standen und aus der Substanz gedeckt wurden, während in Wahrheit schwere Verluste zu verzeichnen waren. Man beziffert sie nach den Berichten der Generalversammlung auf mehr als 150 Millionen Kronen, also rund 20 Millionen Mark, was für einen Betrieb von 2400 Arbeitern nicht gerade als gering bezeichnet werden kann. Man könnte gerade bei dieser Gelegenheit einen famosen Einblick in die „Wirtschaftlichkeit“ der privatkapitalistischen Produktion erhalten.

Man könnte die Sorge um alle diese Dinge ruhig dem Kapital überlassen, wenn es nicht die Arbeiterschaft wäre, auf deren Rücken sich diese ganzen Erscheinungen abspielen sollen. Jede Lohnerhöhung wird mit dem Hinweis auf die schlechte Lage der Betriebe rundweg abgelehnt, darüber hinaus werden ganz eindeutige Rechte der Arbeiter einfach verneint. So ereignete es sich, daß im Tepliczer und Reichenberger Vertragsgebiet der Metall- und Maschinenindustrie, dem rund 10 000 Metallarbeiter unterliegen, durch ein Urteil des Obersten Gerichtes, im Range des deutschen Reichsgerichtes, der Urlaub bezw. die Entschädigung zugesprochen wurde und die Unternehmer einfach die Auszahlung verweigern. Die Arbeiter standen nämlich letztes Jahr 10 Wochen im Kampfe, teils streikend, teils ausgesperrt, und es wurde vertraglich vereinbart, daß der Urlaub 1925 nach dem Gesetz gegeben werden sollte, jener für 1926 und später aber so, als ob kein Kampf stattgefunden hätte. Es wurde ein Fall eingeklagt, der maßgebend sein sollte und das Gericht sprach auch nach dem Gesetze dem Arbeiter den Urlaub zu. Die übrigen Unternehmer aber verweigern die Auszahlung und so muß nun jeder Fall einzeln eingeklagt werden. Das sind zum Glück nur Ausnahmerscheinungen, aber sie zeigen deutlich den Geist, der heute die Unternehmer beherrscht. Ebenso zahlreich sind die Bestrebungen, die bisher erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften zu beseitigen. Die Alters- und Invalidenversicherung, die erst seit 1. Juli 1926 in Kraft ist, soll schon wieder verschlechtert werden, indem man alle jugendlichen Arbeiter bis zu 16 Jahren ausschalten will, das ohnehin ungenügende Betriebsauschutzgesetz soll im Sinne einer Einschränkung der Kompetenzen der Arbeiter umgeändert werden. Die bürgerliche Reaktion hat gegenwärtig die Macht und sie gedenkt sie zu nützen.

Für die Arbeiterschaft kann es dabei nur eine Konsequenz geben: **so rasch wie möglich wenigstens gewerkschaftlich ihre Fronten zu vereinigen.** Zwar sind die Karlsbader Vereinbarungen ein erster Schritt, aber eben nur das. Das Gebot der Stunde wird nur erfüllt, wenn tatsächlich so rasch wie möglich zur organisatorischen Vereinigung aller Arbeiter, besonders aber der Metallarbeiter geschritten wird.

...

Im Zeichen der internationalen Wirtschaftspolitik

Dr. Judith Grünfeld (Zena)

Das Jahr 1926 bildet in der europäischen Wirtschaftsgeschichte einen Wendepunkt von großer Tragweite. **Der internationale Zusammenschluß** der verschiedensten Industriezweige hat in diesem Jahre solche Dimensionen angenommen, wie nie zuvor. Aber nicht allein das Ausmaß und die Intensität dieser Bewegung, die eine Umbildung des nationalen Kapitalismus darstellt, bildet das Merkmal unserer Zeit, sondern noch mehr sind es die internationalen öffentlichen Kundgebungen der führenden Finanz- und Industriekreise zugunsten eines weltwirtschaftlichen Zusammenschlusses. Ein Appell an die Öffentlichkeit, wie das Ende Oktober d. J. mit großer Regie inszenierte „Weltwirtschaftsmanifest“ der internationalen Finanz- und Wirtschaftskreise, wäre vor dem Kriege, angesichts der damaligen Einstellung der Kapitalisten, kaum denkbar gewesen. Sogar die namhaften Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie in Deutschland haben damals die überragende Bedeutung, die die Weltwirtschaft gegenüber der nationalen Volkswirtschaft immer mehr gewann, in Abrede gestellt. So hatte zum Beispiel der bekannte Professor **Karl Bücher** in seiner weitverbreiteten Schrift „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ u. a. folgendes ausgeführt:

„Das Nebeneinanderbestehen solcher Industrie- und Rohproduktionsländer, die gegenseitig aufeinander angewiesen sind, die „Internationale Arbeitsteilung“ ist nicht als ein Zeichen anzusehen, daß die Menschheit eine neue Stufe der Entwicklung zu erklimmen im Begriffe steht, die unter dem Namen der Weltwirtschaft den früheren Stufen gegenübergestellt werden müßte. Jene sogenannte Weltwirtschaft hat bis jetzt wenigstens keine Erscheinungen hervortreten lassen, die von denen der Volkswirtschaft in wesentlichen Merkmalen abweichen, und es steht sehr zu bezweifeln, daß solche in absehbarer Zukunft auftreten werden.“ (5. Aufl. S. 147.)

Gleichzeitig hat **Werner Sombart** behauptet, daß „die einzelnen Volkswirtschaften immer vollkommener Mikrokosmen (das heißt kleine abgeschlossene Welten) werden“...* Aus diesen Behauptungen spricht der Geist des selbstbewußten nationalen Hochkapitalismus. **Rosa Luxemburg** sah sich daher in ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ veranlaßt, ausführlich gegen die oben angeführten Behauptungen der deutschen Gelehrten zu polemisieren und, gestützt auf reichliches Tatsachenmaterial, den Beweis zu erbringen, daß „die kapitalistische Weltwirtschaft unter Schmerzen und Konvulsionen der gesamten Menschheit sich bereits herausgebildet und sich eines Landes nach dem andern bemächtigt“ habe. Und sie betonte ferner, daß „auf den gewaltigen Wogen der Weltwirtschaft bereits schwere Nebel aufsteigen, sich zusammenballen und Stürme vorbereiten“... (S. 42, 44.)

* W. Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., 1909, S. 399.

Der blutige Sturmwind des Weltkrieges kam und belehrte die Theoretiker und Praktiker der volkswirtschaftlichen „Mikrokosmen“ darüber, daß die kapitalistische Rivalität ganz Europa in eine fatale Verarmung stürzte und daß gegenwärtig nur der volkswirtschaftliche Zusammenschluß den einzigen Ausweg bietet. Nun bricht allmählich die Erkenntnis durch, daß der Überprotektionismus, mit dessen Hilfe die „Volkswirtschaften“ in dem zerstückelten Europa sich voreinander verschanzen, sich verhängnisvoll für alle Länder auswirke. Diesen Gesichtspunkt vertritt das erwähnte Weltwirtschaftsmanifest mit allem Nachdruck und hebt u. a. folgendes hervor:

„Zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt. Der Zusammenbruch der großen politischen Gebietseinheiten in Europa war ein schmerzlicher Schlag für den internationalen Handel. Hinter den Zollmauern wurden neue Lokalindustrien begründet, wodurch eine künstliche Teuerung hervorgerufen wurde. Zu viele Staaten haben in Verfolgung verfehlter Ideen vom nationalen Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen. Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politiker in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist. Wir wünschen unserer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wiederherzustellen.“

Den Lesern der Arbeiterpresse bieten diese Gesichtspunkte durchaus nichts Neues. Die Bedeutung des „Wirtschaftsmanifestes“ liegt eben darin, daß nun auch die Vertreter der internationalen Wirtschaftskreise gegen die Schutzzölle, gegen den „Krieg“ im Frieden ins Feld ziehen. Aber der Widerhall, den dieses Manifest in den einzelnen Ländern auslöste, zeigte, wie wenig noch der Weg für eine vernünftige Handelspolitik geebnet ist. Eine besonders kühle Aufnahme fand das Manifest in Frankreich, dessen Vertreter dasselbe mit Vorbehalt unterzeichneten und wo die Presse vielfach den Standpunkt angenommen hat, daß Frankreich, wenn alle anderen Länder ihre Zollschranken abbauen würden, die einzige Ausnahme bilden werde. Diese kühle Aufnahme gab denn auch den englischen Industriellen, die dem Beispiel ihrer Kontinenten Kollegen folgend immer stärker ins Fahrwasser des Zollschutzes geraten, Anlaß, gegen die englischen Freihändler, die die Urheber des Manifestes waren, loszuziehen. Es wurde dabei in England u. a. auch der Gesichtspunkt geltend gemacht, daß ein Abbau der Zölle in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten so unwahrscheinlich sei, daß sich eine Erörterung kaum lohne. In den Vereinigten Staaten ist die regierende republikanische Partei gerade jetzt vor den Wahlen am allerwenigsten geneigt, ihre Politik der Hochschutzzölle zu revidieren. Man hat aber in Amerika, dessen führende Bankiers mit Morgan an der Spitze das Manifest unterzeichnet haben, dasselbe begrüßt, soweit es sich um Europa handelt. Was die Vereinigten Staaten anbelangt, so hieß es in der amerikanischen Presse, daß angesichts des großen Unterschieds zwischen den amerikanischen und europäischen Löhnen der Abbau der amerikanischen Zölle unmöglich sei.

Die Aufnahme, die das Weltwirtschaftsmanifest gefunden hat, hat wieder einmal bewiesen, daß, trotzdem die verhängnisvollen Folgen der zollpolitischen Absperrung von niemand in Abrede gestellt werden, kein Land bereit sei, die Initiative zum Abbau der Zölle zu ergreifen.

Eine viel größere und nicht nur symptomatische Bedeutung als dem

Weltwirtschaftsmanifest kommt der Weltwirtschaftskonferenz zu, die bekanntlich vom Völkerbund einberufen wird. Mitte November d. J. trat zum zweitenmal der vorbereitende Ausschuss der Weltwirtschaftskonferenz zusammen und er hat die Einberufung der Konferenz auf den 4. Mai 1927 beschlossen. Der Vorsitzende des Ausschusses, der belgische Minister Theunis, betonte in seiner Begrüßungsrede, daß die Weltwirtschaftskonferenz etwas **ganz Neues** darstelle. In dieser Tagung wurde auch das Programm der Weltwirtschaftskonferenz entworfen. Vor kurzem hat der Völkerbund ein Memorandum über die Entwicklung der Bevölkerung, der Produktion und des Außenhandels der Welt veröffentlicht. Auf Grund dieser statistischen Zusammenstellung soll als erster Punkt des Programms die internationale Wirtschaftslage erörtert werden, und zwar unter dem Gesichtspunkte, inwiefern die **gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Mängel der herrschenden Handels- und Wirtschaftspolitik zurückzuführen sind**. So wird die Konferenz zum Zentralpunkt ihrer Tagesordnung, der Frage der Handelsfreiheit und den gegenwärtig vorherrschenden Absperrungsmaßnahmen gelangen. Die Ein- und Ausfuhrverbote, die Monopolisierung des Handels, die Ein- und Ausfuhrzölle werden in ihrer Wirkung auf den Welthandel und die europäische Wirtschaftskrise untersucht werden. Im Zusammenhang mit der Frage der Handelsmonopole dürfte wohl auch das russische Außenhandelsmonopol, das eine der weitgehendsten Erscheinungen dieser Art darstellt und das den westeuropäischen Außenhandel sehr empfindlich trifft, ebenfalls zur Sprache kommen.

Die internationale Lage der Hauptindustrien, deren Produktionsfähigkeit, die wirkliche Produktion, der Verbrauch und die Arbeitslöhne bilden den dritten Punkt des Programms der Weltwirtschaftskonferenz. Dabei sollen, und das erscheint von besonderer Wichtigkeit, **die internationalen Kartelle und ihr Zusammenhang mit den Zollfragen erörtert werden**. Hier ist natürlich von entscheidender Bedeutung, ob die Konferenz die aktuelle Frage der internationalen Kartelle auch unter dem Gesichtspunkt der Verbraucher- und der Arbeiterinteressen erörtern wird. Man muß bedenken, daß unter den Delegierten der Regierungen und der Unternehmerkreise die Vertreter der Konsumgenossenschaften und der Arbeiterschaft auf der Weltwirtschaftskonferenz nur spärlich gesät sind. Wenn man auch die praktische Bedeutung dieser neuartigen internationalen Wirtschaftskonferenz nicht übermäßig hoch einschätzen darf, so wäre es doch **andererseits zu bedauern**, wenn die breiten Schichten der europäischen Arbeiterschaft dieser Konferenz nicht die nötige **Beachtung schenken würden**. Soll die Weltwirtschaftskonferenz nicht lediglich einen passenden Rahmen für die internationale Verständigung und den Zusammenschluß der Industriellen abgeben, so muß die Arbeiterschaft sich der wichtigen Fragen, die auf dem Spiele stehen, bewusst werden, **dieselben in ihren weltwirtschaftlichen Zusammenhängen erfassen** und für ihre Lösung auch im Interesse der Arbeiterschaft energisch eintreten. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, auf der Weltwirtschaftskonferenz für die **Kontrolle der internationalen Kartelle einzutreten**. Diese sollen demgemäß gemeinschaftlich von den verschiedenen Regierungen, den Konsumenten und Arbeiterorganisationen, dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt kontrolliert werden. Der **Aus-**

Wirkung der enormen Machtstellung, die die internationalen Kartelle als Unternehmermonopole innehaben, soll durch die öffentliche Kontrolle derselben gewissermaßen ein Riegel vorgeschoben werden.

In den kapitalistischen Kreisen ist man der Kontrolle der internationalen Kartelle freilich durchaus abgeneigt. So glaubt z. B. Dr. J. W. Reichert, der Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, im Sammelwerk „Werden der Weltwirtschaft“ die Weltwirtschaftskonferenz vor einer Zwangsregulierung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse warnen zu müssen. Er will vielmehr, daß diese Konferenz die „kartellfeindliche“ Gesetzgebung einzelner Länder — hierbei ist auch die deutsche Kartellverordnung von 1923 gemeint — in entsprechender Weise beeinflusse. Reichert wehrt sich gegen den Gedanken, daß in der Weltwirtschaftskonferenz etwa eine Parallelinstitution zum Internationalen Arbeitsamt entstehen könnte. Reichert und seine Besinnungsgenossen erblicken eben in der Wirtschaft, der nationalen sowohl als der internationalen, eine Privatdomäne der Kapitalisten und sträuben sich gegen jede Einmischung des Staates. Sie machen nur eine Ausnahme von diesem Standpunkte in den Fällen, wo es sich darum handelt, vom Staate Subventionen und Schutzzölle zu erwirken.

Die Internationale Handelskammer hat vor kurzem in einem speziellen Bericht zu den Fragen, die die Weltwirtschaftskonferenz beschäftigen werden, Stellung genommen. Dieser Bericht schätzt die Bedeutung der internationalen Kartelle durchaus positiv ein und berücksichtigt nicht einmal die Gefahren, die aus dem internationalen Zusammenschluß der Produzenten für die Verbrauchermassen erwachsen, indem die Möglichkeit der monopolistischen Bestimmung der Preise geschaffen wird. Für die europäische Arbeiterchaft ist auch noch der Umstand von großer Wichtigkeit, daß auch die Möglichkeit des Lohndruckes durch die internationalen Kartelle erheblich vergrößert wird. Diese Gefahren, die der nationale und insbesondere der internationale Verbandskapitalismus in sich birgt, sind es, die eine Kontrolle der internationalen Kartelle, wie sie der Internationale Gewerkschaftsbund vorschlägt, erforderlich machen. Dieser brennenden Frage der internationalen Wirtschaftspolitik müssen daher die europäischen Arbeiter gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit in besonderem Maße zuwenden.

Die Spiritusindustrie

Bernhard Faust (Frankfurt a. M.)

Die Reichsregierung beabsichtigt eine Neuregelung der Spiritusmonopol-Gesetzgebung. Der nachfolgende Artikel gibt eine Uebersicht über die Entwicklung der Spiritusindustrie, die unsern Lesern die Beurteilung der Neuregelung erleichtern wird. Die Redaktion.

Als Mitte des vorigen Jahrhunderts die liberale Gesetzgebung das städtische Bannrecht brach, gelang es dem Spiritusgewerbe leicht, den betriebstechnischen und wirtschaftlichen Anschluß an die Urproduktion zu erreichen. Denn da bereits im Laufe des 18. Jahrhunderts die Kunst der Kartoffelbrennerei erfunden, die Verwendung von Getreide zur Weingeistbereitung aber aus Ernährungsgründen verboten und im Sinne des himmlischen Jenseits als sündhaftes Satanswerk erklärt worden war, ermöglichte die Kartoffelverwendung einmal eine Befestigung und Erweiterung der Roh-

stoffgrundlage, gleichzeitig aber insofern eine Standortsverschiebung des gesamten Gewerbes, als die Bedeutung der westlichen Kleinbetriebe mit Getreideverwendung auf vorzugsweise bäuerlichem Gebiet dem östlichen Großbetrieb oder der bäuerlichen Genossenschaftsbrennerei mit Kartoffelverwertung weichen mußte. Auf der Grundlage des Kartoffelbaues standen beide, das landwirtschaftliche Betriebssystem wie die Branntweinbereitung als landwirtschaftliches Nebengewerbe, soweit betriebstechnische Bedingungen in Frage kamen, unter dem Entwicklungsgesetz der Vergrößerung, Ausdehnung und frühen Industrialisierung. Um die privatwirtschaftlichen Vorteile dieser Entwicklungstendenzen zu erfassen, kam es nur darauf an, den Absatz durch eine Sperre des Betriebsmaterials zu organisieren, somit gleichzeitig die städtischen Außenseiter des Gewerbes dem Programm der eigenen Wirtschaftspolitik einzuordnen. Daraus ist es zu erklären, daß schon Anfang der 90er Jahre innerhalb der ländlichen Brennereien provinzielle Spiritusverwaltungs-genossenschaften gegründet und im Jahre 1898 zu einem „Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten“ zusammengefaßt wurden, nachdem ein Jahr vorher das städtische Spirituskapital in der „Verkaufsstelle der Spiritusfabriken G. m. b. H.“ Abwehr und organisatorischen Schutz gesucht hatte. Indessen: die brüderliche Feindschaft wich bald der kaufmännischen Besinnung darauf, daß die vereinten Interessen eine unumschränkte Marktbeherrschung des nationalen Wirtschaftsgebietes ermöglichten, und bereits im Jahre 1899 wurde der häusliche Konflikt durch einen Syndikatsvertrag auf neun Jahre beigelegt.

Die Aufgabe des Syndikats bestand wie in allen ähnlichen Zusammenschlüssen darin, eine weitgehende Sicherung der Betriebsrentabilität mittels einer planmäßigen Produktionspolitik herzustellen. Die Zentrale für Spiritusverwertung als Geschäftsstelle des Syndikats nahm deshalb in erster Linie den Kampf gegen Außenseiter, die noch 20 Prozent der Produktion umfaßten, auf, organisierte als Mittel einer gleichmäßigen Preispolitik den Absatz durch Kontrolle der Handelsglieder zwischen Zentrale und letztem Konsumenten, so daß die Zwischengewinne des Handels zugunsten der Brennereien und der Spritfabriken wegfielen, suchte auf Kosten des heimischen Trinkverbrauches den Export und durch Lagerung der Ware und Beschränkung des Absatzes die Preisstabilität zu fördern. Die Produktionsbewegung innerhalb der Rohstoffherzeugung zwang die Zentrale durch Preisabschläge auf die Mehrproduktion der Syndikatserzeugnisse zur Produktionsbindung, eine Maßnahme, die auf die Dauer die preispolitisch gleichmäßige Sicherstellung des Absatzes verbürgte. Wie weit die produktionswirtschaftliche Planmäßigkeit erreicht wurde, zeigt die umstehende Produktionsübersicht der ersten Syndikatsperiode.

Von der Kontingentierung und Maischraumsteuer des Jahres 1887 über die Gesetzgebung von 1895 bis zur letzten Steuerreform des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1918 nebst Novelle vom 6. Juli 1919 und ergänzenden Verwaltungsverordnungen vom 3. und 7. Februar und 3. November 1920 ging das Bestreben der Gesetzgebung, die den Wünschen des Syndikats weites Verständnis entgegenbrachte, dahin, die Entwicklung der Branntweinproduktion in gewerblichen Betrieben zu hemmen, das Übergewicht der gewerblichen Herstellung, das, wie die vorhergehende statistische Übersicht zeigt,

sich bemerkbar zu machen begann, aufzuhalten, um dadurch die Branntweinstoffherstellung den ländlichen Brennereien des großagrarischen Ostens zu sichern.

Betriebsjahr	Es wurden erzeugt in Brennereien, die hauptsächlich verarbeiten:						In Brennereien überhaupt	
	Kartoffeln		Getreide		andere Stoffe	Melasse		nicht-mehlige Stoffe
	landw. Betriebe	gewerblich. Betriebe	landw. Betriebe	gewerblich. Betriebe				
Sektollter Alkohol								
1898/1899	8 101 705	5 029	245 681	335 263	887	1028·9	24 615	8815569
1899/1900	2942 765	5226	246 292	352 414	249	94734	26 140	8667820
1900/1901	3296 705	6075	249 476	364 273	719	83797	50815	4051860
1901/1902	3511 895	7276	230 804	303 373	312	68728	36520	4238918
1902/1903	2642 772	7180	247 390	378 395	146	68 142	18927	3382936
1903/1904	3039 833	5722	287 448	405 035	102	92538	23271	3854299
1904/1905	2871 671	5673	236 143	439 584	161	107 950	36270	3787 470
1905/1906	3508 123	10267	298 619	446 448	118	82 702	30 426	4376 695
1906/1907	2959 425	10065	307 722	444 949	126	89 137	29 782	3811 207
1907/1908	3 118 604	29809	291 346	437 182	95	103 469	37 806	4018 311

Es ist verständlich, daß in einem Lande wie Deutschland, wo der Glanz einer Kaste auf Glauben genug hoffen konnte, um materielle Vorteile zu ernten, auch Verständnis zur Erhaltung und gesetzlichen Sicherung ihrer Existenzgrundlage wach und opferbereit blieb. Denn nach Julius Wolf sind 4,55 Prozent der gesamten Ackerfläche Deutschlands an Brennereibetrieben angeschlossen, wovon 0,50 Prozent auf bäuerliche Betriebe und 85 Prozent auf Rittergüter entfielen, so daß drei Viertel der gesamten Branntweinerzeugung auf ostelbische Brennereibetriebe geschätzt werden müssen. Auch unter dem zweiten Syndikat, dessen Schwergewicht unter Beseitigung der Außenseiter mehr und mehr auf Seite der völlig syndizierten landwirtschaftlichen Brennereien gelegt und ausgebaut wurde, blieb die Neigung des Gesetzgebers erhalten, der, wie Götz Briefs betont, die Preispolitik des Syndikats in der Branntweinsteuerreform 1909 durch Zwang zur Begrenzung des Brennens und Verhinderung der Überproduktion unterstützte (Branntweinsteuerreform 1909 in §§ 61/72 des Gesetzes). Mit der Rohstoffregelung durch die öffentliche Bewirtschaftung ab 1916, dadurch, daß die Geschäftsabteilung der gegründeten Reichsbranntweinstelle in die Zentrale des Syndikats gelegt wurde, schloß das Absatz- und Preismonopol des Syndikats endgültig die Klammern um den deutschen Markt. In dem Gesetz vom 26. Juli 1918, das am 10. Oktober 1919 in Kraft trat, wurde das Staatsmonopol unter Beibehaltung der bisherigen Produktionsgrundlage, das heißt Schutz der landwirtschaftlichen Brennereien und steuerliche Belastung der gewerblichen Betriebe befestigt, und selbst, als ein neues Verfahren der Alkoholgewinnung aus Abwässern der Zellstoffherzeugung durch die Reichsmonopolverwaltung eine beschränkte Anzahl Betriebe errichtet wurden, im Branntweinmonopolesetz vom 26. Juli 1918 eine Produktionsbindung derselben auf 10 Prozent verfügt, damit die landwirtschaftlichen Betriebe nicht geschädigt würden. Die Zollreform der Nachkriegsjahre vollendete dann die Überlegenheit der Rohstoffherzeuger dadurch, daß an Stelle der gleitenden Skala der Reinigungsprämie eine feste Vergütung trat und die bisherige Produktionsbegrenzung nicht mehr beibehalten blieb, wodurch diejenigen verarbeitenden Betriebe,

die es vermocht hatten, sich dem großagrarischem Kapital zu entziehen, in Zukunft dem Einfluß der Rohstoffzeuger und der syndizierten landwirtschaftlichen Betriebe unterstellt wurden.

Indem so die Kriegswirtschaft den Monopolcharakter der Spirituszentrale zugunsten der landwirtschaftlichen Brennereien und der Rohstoffproduktion verschärfte, brachte sie der gesamten Spiritusbranche einen empfindlichen Rohstoffmangel und durch Beschränkung des freien Marktverkehrs Gewinnverluste, wobei mit Recht angenommen werden kann, daß die landwirtschaftlichen Brennereien als Nebengewerbe des gesamten Gutsbetriebes privatwirtschaftlich weniger als das städtische Spiritusgewerbe unter der Einbuße zu leiden hatten, da die Getreide- oder Kartoffelverwertung nur den Markt wechselte, damit aber die Gesamteinnahmen des Gutsbetriebes weniger in Mitleidenschaft zog und die landwirtschaftliche Brennerei kapitalswiderstandsfähig erhielt, während der gewerbliche Brennbetrieb durch die begrenzten Produktions- und Absatzmöglichkeiten bald mit Kapitalnot zu kämpfen hatte. Denn während der Kriegsjahre gestaltete sich die Produktion im deutschen Branntweinmonopolgebiet folgendermaßen:

Jahr	Hektoliter Alkohol	gegenüber 1912/13	Jahr	Hektoliter Alkohol	gegenüber 1912/13
1912/13	3795 265	—	1916/17	2019863	— 46,2 Proz.
1913/14 ¹	3844810	+ 2,4 Proz.	1917/18 ²	2358017	— 37,2 „
1914/15	2620 050	— 30,2 „	1918/19 ³	1824848	— 64,7 „
1915/16	2352 145	— 37,3 „			

Innerhalb des Rückganges im Gesamtgewerbe aber führte, wie gleich zu zeigen sein wird, infolge kriegswirtschaftlicher Maßnahmen, auch dadurch begünstigt, daß der landwirtschaftliche Hauptbetrieb das Personal der landwirtschaftlichen Nebengewerbe beanspruchte und die Brennereibetriebe der Landwirtschaft teilweise vollständig ruhten, die gewerbliche Erzeugung eine Erweiterung ihrer Produktionsbasis herbei, was jedoch keinesfalls eine Verringerung der agrarischen Einflusssphäre bedeutete, sondern eine vorübergehende Erscheinung des binnengewerblichen Kräfteverhältnisses bleiben mußte. Die Gesamterzeugung während der Kriegsjahre verteilte sich wie folgt auf landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion in Hektoliter:

Jahr	landwirtschaftliche	Prozent	gewerbliche	Prozent
1912/13	3250958	86,6	473800	12,6
1913/14	3203211	86,7	404 187	12,6
1914/15	2214532	84,5	363 414	13,9
1915/16	2069563	88,0	245 274	10,4
1916/17	1475562	73,1	513871	25,4
1917/18	1760358	74,9	573316	24,4
1918/19	756701	64,9	396066	34,0

Aber bereits im Jahre 1922/23 hatte sich die landwirtschaftliche Branntweinproduktion soweit erholt, daß sie mit 75,2 vH, ein Jahr später mit 69 vH und im Produktionsjahr 1924/25 mit 71 vH gegen 15,5 bzw. 17,8 und 16,6 vH der gewerblichen Produktion das einstige Produktionsverhältnis annäherungsweise wiederhergestellt, trotzdem der agrarische Osten durch den Kriegsausgang 490 000 Hektar seiner Kartoffelfläche eingebüßt hatte.

Unvollständige Angaben für: ¹ Ostpreußen, ² Elsaß-Lothringen, ³ Posen und Elsaß-Lothringen.

Während der ersten Nachkriegsjahre blieb der Mangel an Rohstoffen aufrechterhalten, da die staatliche Versorgungswirtschaft die größere Aufnahmefähigkeit des unmittelbaren Verbrauches, die aus ernährungspolitischen Gründen gefördert werden mußte, nicht privatwirtschaftlichen Willkürmaßnahmen opfern konnte. Die Befürchtungen einer Überproduktion, die noch im Laufe der Kriegsjahre geäußert wurden, wichen bald der Sorge um Befriedigung und Ausbeute der Spiritusnachfrage. Um Produktion und Spiritusangebot ohne Gefährdung der nationalen Zahlungsbilanz zu steigern, wurden deshalb, sobald Ernährungsrückichten und volkswirtschaftliche Möglichkeiten eine größere Bewegungsfreiheit gestatteten, eine Reihe kriegswirtschaftlicher Maßnahmen der Rohstoffbeschränkung aufgehoben (1923/24 Verbot des Obst- und Tobinambur- und 1924/25 Verbot des Kornbrennens), außerdem die Produktionsfähigkeit der Lauge- und Karbidbrennereien, die sich in Händen der Reichsmonopolverwaltung befinden, gefördert. Die Produktionskurve derselben bewegte sich dadurch von 18 400 Hektoliter Weingeisterzeugung des Betriebsjahres 1919/20 zu 186 591 Hektoliter im Jahre 1923/24 oder 12 vH der Gesamterzeugung auf einer steigenden Tendenz, ohne freilich die Produktion der kartoffelverwertenden Brennereien auch nur annähernd erreichen zu können. Aber die Stetigkeit in der Produktionsreihe, die im Betriebsjahre 1922/23 das Maximum erreichte, konnte auch durch das äußerste Entgegenkommen nicht erzielt werden, vielmehr ergab sich als charakteristisches Merkmal der Nachkriegsproduktion eine Zickzackentwicklung, deren Minimum und Maximum um das Bierzehnfache auseinander ging. Auch innerhalb der Rohstoffwirtschaft sind Verbrauchsschwankungen bemerkenswert, was zum Teil, so in der Entwicklung des Getreide- und Kartoffelverbrauches im Betriebsjahr 1924/25, auf zollpolitische Maßnahmen zurückzuführen sein wird, während die Zahl der Betriebe von jeher größere Unterschiedspunkte zeigte, und zwar veranlaßt dadurch, daß die kleinbäuerlichen Qualitätsbrennereien Süd- und Westdeutschlands, von denen im Jahre 1924 insgesamt 26 925 oder 68 Prozent der Gesamtzahl festgestellt wurden, von dem Ernteausfall abhängig sind. Innerhalb der Betriebsanzahl verteilte sich im gleichen Jahre der Produktionsanteil:

Gruppe	Zahl	Prozent	Erzeugung in 1000 hl	Prozent
Landwirtschaftliche Brennereien . .	10462	26,4	1305,5	71,0
Gewerbliche Brennereien	2209	5,6	305,7	16,6
Monopollaugebrennereien	17	—	200,0	10,9
Obstbrennereien	26925	68,0	28,3	1,5

Zwei abschließende statistische Zusammenstellungen gestatten vielleicht einen Überblick über die Gesamtentwicklung des Spiritusgewerbes und Rückschlüsse auf die privatwirtschaftlichen Möglichkeiten und volkswirtschaftlichen Auswirkungen desselben. Betriebszahl, Erzeugung und Verbrauch während der Nachkriegswirtschaft gestalteten sich folgendermaßen:

Jahr	Betriebszahl	Erzeugung	Verbrauch	Jahr	Betriebszahl	Erzeugung	Verbrauch
1919/20	3908	620 178	1 148 388	1922/23	42689	2 022 913	1 381 055
1920/21	44388	1 937 754	1 264 067	1923/24	36516	1 550 508	1 037 558
1921/22	44077	1 270 634	2 429 844	1924/25	39613	1 839 463	1 764 031

Der Rohstoffverbrauch aber belief sich nach den Statistischen Vierteljahrsheften auf folgende Mengen:

Rohstoffe	1919/20	1920/21	1921/22	1922/23	1923/24	1924/25
Kartoffeln . . . (to)	281 160	228 452	176 975	769 811	667 839	1 091 270
Getreide . . . "	41 365	882 076	256 496	233 133	133 379	97 349
Melasse . . . "	187 530	143 733	116 804	131 668	116 110	143 017
Karbid . . . "	—	909	1 619	2 577	8 241	—
Bauereiabfälle. (hl)	6 873	33 438	25 580	7 616	16 050	16 357
Kernobst . . . "	624 611	736 303	709 358	832 440	224 200	792 044
Steinobst . . . "	122 218	375 369	359 633	390 252	246 250	110 720
Traubenwein . . . "	44 513	108 281	106 459	27 126	11 759	73 591
Sonstige Mehlstoffe	262 373	510 311	472 351	579 442	121 220	243 045
Zellstofflaugen . . . "	1 626 476	4 202 625	14 339 795	17 578 297	18 437 894	22 222 199

:::

:::

:::

Das Wirtschaftsgebiet Vorpommern

Albert Krüger (Greifswald)

Wenn man von Vorpommern spricht, so meint man damit meistens das Gebiet, das bis zum Jahre 1813 unter der Bezeichnung Alt- und Neu-Vorpommern oder auch mit Bezug auf die Staatszugehörigkeit als Preussisch-Vorpommern und Schwedisch-Pommern bekannt war. Heute versteht man darunter den Regierungsbezirk Stralsund, sowie die zum Regierungsbezirk Stettin gehörenden Kreise Usedom, Anklam und Demmin.

Der **Flächeninhalt** dieses Gebietes beträgt rund 600 000 Hektar, wovon der größte Teil land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird. Es wird von mehreren Wasseradern durchschnitten, die der Natur des Flachlandes entsprechend **wenig Gefäll haben** und daher ziemlich weit **hinauf schiffbar sind**.

Die Städte haben heute, mit Ausnahme von Stralsund und Greifswald, den **Charakter kleiner Landstädte** mit Einwohnerzahlen von 2000 bis 10 000, die sich bezüglich ihres Erwerbslebens auf die **Bedarfsdeckung des landwirtschaftlichen Hinterlandes** einzustellen haben.

Vorpommern bildet kein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, sondern gehört zu jenem großen Teil Nordostdeutschlands, dessen ganze wirtschaftliche Struktur durch die **Landwirtschaft** bedingt ist. Es hat nicht an **Versuchen** gefehlt, in Vorpommern Industrien anzusiedeln. Mit wenigen Ausnahmen sind diese **Versuche gescheitert** und mußten scheitern, weil an Bodenschätzen oder natürlichen Kraftquellen nichts anderes vorhanden war, wie Flüsse und Bäche, deren Gefäll zur Ausnutzung zu gering war, und der Acker, der bei guter Bewirtschaftung zwar Lebensmittel lieferte, aber nichts enthielt, was eine Industrie stützen konnte. Zu den oben erwähnten Ausnahmen gehören die **Kreidevorkommen** der Insel Rügen. In jahrtausendlangem Werden und Vergehen haben Muscheltierchen am Nordstrande Rügens ihre Kalkgehäuse zu mächtigen Kreidelagern angehäuft und damit die Grundlage geschaffen zu der Existenz von einigen Duzend Kreideschlammereien, die durchweg direkt an den Fundstellen der Kreide, auf der Halbinsel Jasmund sitzen. In meist recht primitiver Art wird die Kreide im Tagebau gewonnen, in ebenso primitiver Weise von den beigemengten Unreinigkeiten befreit, ge-

trocknet und dann als Schlammkreide dem weiteren Verbrauch zugeführt. Die Zementindustrie, deren Grundstoff ebenfalls die Kreide ist, hat auf Rügen nicht heimisch werden können, weil hier der Ton fehlt, der außer Kreide für die Zementfabrikation unerlässlich ist. Für die Zementfabrikation arbeiten auf Rügen einige größere Kreidebrüche, die schon ganz modern eingerichtet sind. Das gebrochene Material wird ungeriebig mit einer besonderen Kreidebahn nach dem an der Südküste der Halbinsel Fasmund gelegenen Kreidehafen Polchow transportiert, dort in große eiserne Seeleichter umgeladen und dann mit Schlepddampfern nach dem Zementfabriken in Stettin, Wolgast und Lebbin a. Wollin gebracht, um hier zu Portlandzement weiterverarbeitet zu werden.

Eine weitere bodenständige Industrie bilden die **Ziegeleien**, die hauptsächlich in der Gegend von Damgarten und bei Ducherow zu finden sind. Auch in dieser Industrie haben sich noch teilweise Arbeitsmethoden erhalten, die vor 80 Jahren schon üblich waren, daneben sind aber auch schon Betriebsformen entwickelt, die als durchaus modern anzusprechen sind. Der Versand auf größere Entfernungen kommt aber auch für die gut eingerichteten Ziegeleien nicht in Frage, da die Transportkosten zu hoch sind.

Was außerdem an Industrien in Vorpommern noch vorhanden ist, hängt direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft zusammen. Hierher gehören vor allen Dingen die **Zuckerfabriken**, die zur Beschaffung ihres Rohstoffes direkt auf die Landwirtschaft angewiesen sind. Große Zuckerfabriken bestehen in Stralsund, Barth, Jarmen, Anklam und Demmin. Zur Sicherstellung ihres Bedarfs an Zuckerrüben schließen diese Fabriken mit den Landwirten der Umgegend **Anbauverträge** ab. Mit dem Beginn der Rübenenernte setzt bei den Zuckerfabriken die Kampagne ein, da die angelieferten Rüben sofort weiterverarbeitet werden müssen. Die Bezahlung der angelieferten Rüben erfolgt nicht nach dem Gewicht, sondern nach dem Zuckergehalt. Die erzwählten fünf Zuckerfabriken verarbeiten die Rüben aber nur auf Melasse oder Rohzucker. Dieser geht dann zur Fertigfabrikation per Schiff in die Raffinerien nach Stettin und wird von dort erst als gemahlener oder Würfelzucker dem Verbrauch zugeführt. Von allen Industrien haben die Zuckerfabriken den unregelmäßigsten Betrieb, da sie nur während der Rübenenernte und unmittelbar danach in vollem Betrieb sind, um dann fast drei Viertel Jahr stillzuliegen.

War für die Zuckerfabriken die Landwirtschaft die Rohstoffquelle, so ist sie für eine weitere vorpommersche Industrie das Absatzgebiet, nämlich für die Eisengießereien und Maschinenfabriken. Eisengießereien und Maschinenfabriken befinden sich in fast allen größeren vorpommerschen Städten, aber meistens in der Form der Kleinbetriebe. Sie beschäftigen sich vorwiegend mit der Herstellung von Gusseisen, eisernen Öfen und Ofenteilen, vor allen Dingen aber mit dem Bau von Mühlen und Landmaschinen. Von den letzteren werden aber auch nur die einfacheren Formen hergestellt, für den Bau von Kraftmaschinen und komplizierten Maschinenformen, wie z. B. Bindemähern, bestehen in Vorpommern keine Fabriken. Unter dem Einfluß der jetzigen Wirtschaftskrise, die die Großbetriebe gezwungen hat, auch dem Bau und Vertrieb dieser sonst weniger beachteten Geräte ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, werden aber anscheinend die Kleinbetriebe von ihrem

bisherigen Markt verdrängt. Dieser Vorgang wird mit ermöglicht durch die in diesen Fabriken vielfach noch üblichen Arbeitsmethoden, die trotz niedrigster Löhne die Werke konkurrenzunfähig machen. So haben, um nur einige Beispiele zu nennen, die Formmaschinen erst sehr wenig Eingang gefunden, das Gußpußen, das Verladen der Waren, das Bescheiden der Ofen, der Materialtransport innerhalb der Werke, alle diese Arbeiten geschehen von Hand. Vor einigen Tagen sah ich auf einem Werk in Wolgast dem Abdrehen einer Schiffsschraube von 5 Meter Durchmesser zu. Diese Arbeit wurde auf einer Drehbank ausgeführt, die dort im Jahre 1891 aufgestellt ist. Es ist selbstverständlich, daß diesen Produktionsmethoden auch die Leistungen entsprechen. Da die ganze Wirtschaftslage es wenig wahrscheinlich macht, daß diese veralteten Betriebe sich auf rationelle Verfahren umstellen können, so ist in der nächsten Zeit wohl mit einem völligen Erliegen der vorpommerschen Eisen- und Maschinenindustrie zu rechnen.

Der Hauptwirtschaftszweig Vorpommerns, die Landwirtschaft, wird auf zirka zwei Drittel der bearbeiteten Fläche in der Form des landwirtschaftlichen Großbetriebes durchgeführt. Ein Drittel ist bäuerlicher Kleinbesitz. Die Großbetriebe sind hauptsächlich auf Körnerbau eingestellt, während die Kleinbetriebe je nach der Bodenart entweder den Körnerbau oder die Viehzucht bevorzugen. Im allgemeinen hat Vorpommern leichteren Boden, der die Produktion von Roggen und Kartoffeln ermöglicht, auf den schweren Böden werden meistens Zuckerrüben und Weizen angebaut. Hafer und Gerste werden als Zwischenfrucht verwendet. In den letzten 20 Jahren hat sich, zuerst langsam, dann immer schneller und vor allen Dingen in den Großbetrieben, der Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit vollzogen. Auch die Sense wird fast nur noch gebraucht zum „Anhauen“ des Kornfeldes, um rund um das Feld soviel abzumähen, daß die vor der Maschine gehenden Pferde beim ersten Schnitt freien Weg haben und nicht im hohen Korn trampeln brauchen. Ganz vereinzelt sieht man noch hier und da jemand, der das Säen und das Streuen des künstlichen Düngers von Hand macht, meistens hat die Maschine auch hier das poetische Bild des Sämannes verdrängt. Mit der Errichtung der Überlandzentrale ist das Tempo dieser Entwicklung noch mehr gefördert. Wer von den Bauern irgend konnte, hat seinen elektrischen Anschluß und damit nicht nur elektrisches Licht, sondern auch seine elektrische Haus- und Stallpumpe, die elektrische Häckselmaschine, die elektrische Schrotmühle usw. Die Dreschmaschine wird auf den großen Gütern meist von einer 50- bis 100pferdigen Dampflokobile, in kleinen Betrieben vom Elektromotor getrieben. Diesen beiden Antriebsarten ist im Verbrennungsmotor ein Konkurrent erstanden, der sich besonders als leicht bewegliche Zugmaschine bei der Bodenbearbeitung betätigt und es ist heute noch nicht abzusehen, welcher Kraftmaschine im Lauf der weiteren Entwicklung der Vorrang zufallen wird. Eins ist aber schon heute festzustellen: Als Wirtschaftsfaktor wird die vorpommersche Landwirtschaft nur dann auftreten können, wenn sie sich die Vorteile der Maschinenarbeit in größtem Maßstabe zunutze macht. Diese Erkenntnis ist in den Jahren nach dem Kriege auch den Kleinbauern gelommen und wo der einzelne nicht in der Lage war, die für seinen Betrieb nötigen Maschinen zu beschaffen, wurde durch Gründung von Elektrizitäts- und Maschinen Genossenschaften diese Möglichkeit gegeben.

Unter den Landarbeitern in Vorpommern herrschen heute noch Verhältnisse, die von denen, die Fr. Engels in seinem Buche schildert: Die Lage der arbeitenden Klassen in England, nicht so sehr viel abweichen. Aber auch hier zeigt sich schon ein Lichtblick. Während der Inflation war es den Großagrariern in ganz Pommern gelungen, den Deutschen Landarbeiter-Verband fast vollständig zu zerschlagen und die Arbeiter in die Arbeitnehmer-Gruppen des Landbundes zu pressen. Das hat sich zuerst in Vorpommern gewandelt. Wir sind noch weit davon entfernt, in Vorpommern einen kampffähigen Landarbeiter-Verband zu haben, aber im Gegensatz zu Mittel- und Hinterpommern, wo der Verband nur sehr schwer wieder Boden findet, bestehen seit 1924 in Vorpommern schon wieder einige Hundert Ortsgruppen, die für die weitere Organisierung der Landarbeiter die Ausgangspunkte bilden. Mit welchen Opfern freilich diese Pioniere des freigewerkschaftlichen Gedankens im Landproletariat für ihre Überzeugung einstehen mußten und noch müssen, das zu schildern sei berufenen Federn überlassen.

In dieses Kapitel gehört dann auch die traurige wirtschaftliche Lage der Landproleten, die aber natürlich auf die wirtschaftliche Lage des Gesamtgebietes abfärbt. Der Bedarf an allen möglichen Waren ist bei den Landarbeitern riesengroß, die ganze Bevölkerungsklasse ist aber so wenig kaufkräftig, daß nur geringe Anschaffungen gemacht werden können. Da in Vorpommern fast sämtliche Gewerbetreibenden auf die Bedarfsdeckung der Landbevölkerung eingestellt sind, so muß sich dieser Zustand überall in Handel und Gewerbe als Absatzstörung bemerkbar machen. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge fehlt aber noch sehr häufig, und da auch die in Vorpommern meistgelieferten Zeitungen rechtsstehend sind oder direkt im Solde des Landbundes stehen, so findet es das sogenannte gebildete Bürgertum bequemer, die Schuld an der augenblicklichen Krisis den Sozialdemokraten und den Juden aufzuhalsen.

In anderen landwirtschaftlichen Gegenden, zum Beispiel in Hinterpommern, ist als Nebenbetrieb zu großen Gütern die **Sprittbrennerei** stark verbreitet. Das ist in **Vorpommern nicht so sehr der Fall**. Für die Bewertung der sogenannten Fabrikkartoffeln sind in Vorpommern nur ungefähr 10 Brennereien auf größeren Gütern vorhanden. Damit ist aber durchaus nicht gesagt, daß auch der Schnapsverbrauch entsprechend niedrig ist. Das Gegenteil ist leider der Fall und auf dem Gebiet der Kornschnapsbrennereien haben die vorpommerschen Städte Stralsund und Richtenberg eine über ganz Ostelbien gehende, man kann wohl sagen traurige Berühmtheit erlangt.

Jedes landwirtschaftliche Erzeugungsgebiet wird auch für die Mühlenindustrie die nötigen Existenzbedingungen schaffen und das ist auch in Vorpommern der Fall. Neben einer großen Zahl kleiner Wind- und Motormühlen, die zum größten Teil mit veralteten Einrichtungen und nur für den örtlichen Verbrauch arbeiten, bestehen in Stralsund, Barth, Grimmen, Greifswald, Anklam, Farnen, Demmin, Usedom und Treptow a. Tollense auch **Großmühlen**, die auf das modernste eingerichtet sind und teilweise ihr Mehl sehr weithin verfrachten. Die Kunstmühle Farnen A.-G. zum Beispiel liefert den größten Teil ihrer Erzeugung per Schiff nach Finnland. Von all diesen Großmühlen hat aber nur die Tollensemühlen A.-G. Wasserkraft, alle

eine Mühle in Greifswald und Stralsund haben eigene Dampfkraft, alle anderen beziehen ihre Kraft aus dem Netz der Überlandzentrale Stralsund. In neuester Zeit sind aber auch einige Mühlen, die einen Kraftbedarf von zirka 50 bis 70 PS haben, dazu übergegangen, statt der Elektromotoren Dieselmotoren als Antriebsmaschinen aufzustellen. Da bei der Eigenart des Mühlenantriebes der Dieselmotor wirtschaftlicher arbeitet wie der Elektromotor, so ist anzunehmen, daß diese Entwicklung sich noch weiter auswirkt.

Zum Schluß sei noch ein Wirtschaftszweig erwähnt, der für Vorpommern eine außerordentliche Bedeutung, aber mit der Landwirtschaft nur geringe Zusammenhänge hat, nämlich **Schiffahrt und Fischerei**. Für den Seeschiffbau besteht in Vorpommern nur eine Werft in Stralsund. Aber längs der ganzen Küste sind viele kleine Bootswerften, die den Bau von Fischerbooten und Küstenschiffen betreiben. Einige Reedersfirmen in Stralsund, Saknitz und Greifswald betreiben den an den Küsten und nach Rügen verlaufenden Personen- und Frachtschiffsverkehr. Ein besonderes Gebiet des Seewesens bildet die **Bergung havarieter Schiffe**. Hierauf hat sich in Stralsund und Greifswald je eine Firma besonders eingerichtet.

Als **Ausfuhrgut** kommen, dem landwirtschaftlichen Charakter des Landes entsprechend, hauptsächlich Getreide und andere Landesprodukte in Frage. Eingeführt wird alles, was das Binnenland an Überseeprodukten gebraucht. Einige Artikel, wie zum Beispiel Erze und Salzheringe, gehen aber weniger über vorpommersche Häfen, sondern fast nur über Stettin. Die bedeutendsten **Umschlagplätze Vorpommerns** sind Stralsund und Swinemünde.

Finanziell geringere Bedeutung wie die Schiffahrt hat die **Fischerei**, auch hat sich das Großkapital dieses Erwerbszweiges noch nicht so sehr bemächtigt wie der Schiffahrt. Einem erheblichen Risiko stehen nur geringe Gewinnchancen gegenüber und deshalb ist in der pommerschen Seefischerei immer noch der Kleinbetrieb mit Segel- oder Motorboot vorherrschend. In der vorpommerschen Seefischerei geht der Fang hauptsächlich auf Heringe und Flundern, der Fang der letzteren ist aber nur den Sommer hindurch lohnend. Die Mannschaft eines Bootes bildet meist eine Genossenschaft und der Ertrag des Fanges wird nach der Anteilhöhe des einzelnen am Boot verteilt. Auch sonst ist das Genossenschaftswesen in der Fischerei bedeutsam. Durch die Anlage eines guten geräumigen Fischerhafens hat Stralsund den größten Teil des vorpommerschen Fischhandels an sich zu ziehen gewußt und versorgt nicht nur einen großen Teil des Binnenlandes mit frischen Seefischen, sondern liefert auch den zahlreichen Fischkonservenfabriken die Rohware. Außer in Stralsund bestehen noch **Fischkonservenfabriken** in Barth und Greifswald, welche durch die in der Nähe beheimateten Fischerflotten beliefert werden. Die früher in dem Dorfe Cröslin bei Wolgast befindlichen Konservenfabriken sind nach dem Ausbleiben der Heringschwärme an diesem Teil der Küste bis auf zwei Heringsbratereien eingegangen. Das Gewerbe des Fischers ist ein ungemein gefahrvolles, trotzdem gelangt er selten zu einigem Wohlstand. Einen willkommenen Nebenverdienst bietet dem Fischer, wenn die Lage des Dorfes die Möglichkeit dazu gibt, **das Vermieten einiger Räume an Badegäste**, und so haben sich, besonders auf Rügen, Hiddensee und an der Nordküste der Insel Usedom aus früheren Fischerdörfern eine große Anzahl **Badeorte** entwickelt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das vorpommersche Wirtschaftsgebiet für die deutsche Gesamtwirtschaft wohl nie die Bedeutung erlangen wird wie die Industriegebiete. Aber es hat für die Ernährung der Bevölkerung seine Bedeutung als Überschufgebiet landwirtschaftlicher Produkte. Als Ausführgebiet von Nahrungsmitteln verdient es auch Beachtung bei eventuellen Sozialisierungsversuchen, ebenso die Schifffahrt als Vermittler zwischen den nord- und ostwärts wohnenden Völkern. Vielleicht muß aber der Kapitalismus noch erst dafür sorgen, daß in Vorpommern nicht nur, sondern in ganz Ostelbien Betriebsformen in Aufnahme kommen, die für eine sozialistische Gesellschaft deren Existenz und Bestehen ermöglichen.

Ein Beitrag zur Rationalisierung

Wilhelm Winkels (Dortmund)

Bei dem Zusammenschluß der Vereinigten Stahlwerke wurden auch die Nebenproduktionszweige der einzelnen Werke je nach Art und Beschaffenheit des Produktes zusammengelegt. Alle Arbeiten, die nicht unmittelbar für die Produktion bestimmt sind, zum Beispiel die in Bauabteilungen, in mechanischen und elektrischen Werkstätten, in Maschinenbaubetrieben, selbst Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten wurden immer mehr vom Werk losgelöst und außerhalb des Werks stehenden Unternehmern in Auftrag gegeben. Vom Standpunkt der Beschaffung von Arbeit ist es zwar gleich, ob solche Arbeiten von den Werken selbst oder von einem andern Unternehmer zur Ausführung gebracht werden. Den bisher in den Vereinigten Stahlwerken beschäftigten Arbeitern ist das aber nicht gleich. Ihnen gehen bei einer Überweisung an einen andern Unternehmer erhebliche Rechte, Anspruch auf Urlaub, Kohlenbezug und anderes mehr verloren, wie auch die Gefahr, erwerbslos zu werden, für sie dadurch erheblich größer wird. Doch auch auf eine andere Erscheinung ist dabei das Augenmerk zu lenken. Bei den Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit versuchen Unternehmervertreter immer wieder den Nachweis zu erbringen, daß die Produktion pro Kopf der Belegschaft nach Wiedereinführung der 10stündigen Arbeitszeit erheblich gestiegen sei. Sie rechnen dabei vor, daß zum Beispiel 10 000 Arbeiter bei der achtsündigen Arbeitszeit 50 000 Tonnen in einer gewissen Zeit oder 5 Tonnen pro Kopf der Belegschaft produziert hätten, während die gleiche Leistung heute von 7000 Arbeitern, mithin 7 Tonnen pro Kopf der Belegschaft erreicht werde. Solche Rechnung ist eine gröbliche Fälschung. Der Unternehmer rechnet 3000 Arbeiter weniger, obwohl mehr als die Hälfte dieser abgebauten Arbeiter noch immer für das Werk arbeitet und nur den Lohn von anderer Stelle bekommt. Die Produktion ist also pro Kopf der Belegschaft keineswegs in der von dem Werk behaupteten Weise gestiegen. Es kann auch von einer wesentlichen Produktionsverbilligung nicht die Rede sein, da durch die Vergebung jener unproduktiven Arbeiten ein Zwischenunternehmer eingeschaltet ist, der seinen Profit fordert. Die Stamm-Mannschaften eines Betriebes arbeiten, wie das nur zu leicht erklärlich ist, billiger als das von einem andern Unternehmer gestellte Personal.

Die Betriebsräte und die bei Verhandlungen tätigen Kollegen wollen diesen Hinweis kräftig beachten.

Feuerungen und Kessel

Joh. Voigtländer (Bergfelde)

In einem früheren Aufsatz habe ich die Verbrennungsvorgänge in den Feuerungen darzumachen versucht. In diesem Aufsatz wollen wir nun einige grundsätzliche Ausführungen machen, wie Feuerungen und Kessel zur Ausnutzung des Brennstoffes hergestellt werden. Wir behandeln zuerst die

Feuerungen

Man unterscheidet Innenfeuerung, Unterfeuerung, Vorfeuerung.

Die Innenfeuerung wird im allgemeinen nur angewendet bei Flammrohr- und Feuerbüchsenkesseln. Sie liegt umgeben von wassergefüllten Kesselwänden. Sie hat daher von allen anderen Feuerungen die wenigsten Strahlungsverluste und hat weiter den Vorteil, daß sie über die Abmessungen des Kessels hinaus keinen Raum

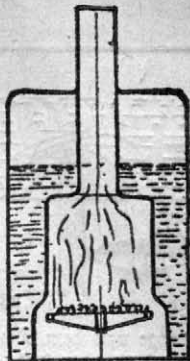


Bild 2. Zwergkessel

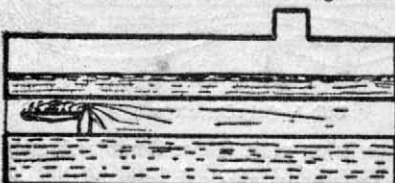


Bild 1. Flammrohrkessel

für ihre eigene Aufstellung braucht. Demgegenüber hat sie den Nachteil, daß die in die Kessel einzubauende Kesselgröße beschränkt ist. (Bild 1 bis 3. Um das Grundsätzliche in der Ausführung festzuhalten, sind alle Bilder nur schematisch ausgeführt.) Kesselschäden entstehen bei

der Innenfeuerung hauptsächlich durch Wassermangel. Die Stellen, die im ersten Feuer liegen, werden zuerst wasserfrei, fangen an zu glühen, verlieren dadurch ihre Festigkeit und heulen unter dem Dampfdruck ein. Wenn nun das verwendete Kesselblech geringe



Bild 3. Lokomotivkessel

Dehnung besitzt oder es ist warmbrüchig infolge Schwefelgehalts, so reißen die Beulen auf und es kann zur Kesselexplosion kommen.

Sinngemäß liegt die Unterfeuerung unter dem Kesselförper. Sie kommt hauptsächlich bei Walzenkesseln, liegenden Heiz-

röhrenkesseln und bei Wasserröhrenkesseln zur Anwendung. Für den Kessel ist die Unterfeuerung von Vorteil, da sie den Kesselinhalt gleichmäßig und bei den Röhrenkesseln auch in kurzer Zeit erwärmt, deshalb auch keine Zerrungen auftreten, welche die Verbindungen zerstören. Nachteile liegen in der schwierigen Lagerung großer Kessel, namentlich der Walzenkessel, da unter dem Kessel aufgestellte Tragfüße wegbrennen würden. Auch ist die Instandhaltung der Feuerung teurer als bei der vorher-

gehenden (Bild 4, 5 und 6.)

Kesselschäden können bei der Unterfeuerung dadurch entstehen, daß sich auf den im ersten Feuer liegenden Kesselteilen Schlamm und Kesselstein ablagern, die dann das Wasser von der Heizfläche abhalten. Das führt dann, wie oben, zu Einbeulungen und Nietloch- und Nietkantensissen.

Wir kommen nun zu der dritten Art, der Vorfeuerung. Die Feuerung liegt vor dem Kessel in einem besonderen Mauerwerk oder in einem eisernen, manchmal fahrbaren, innen mit Schamottefütter versehenen Kasten. Nun kann man, je nachdem ob die Flamme, wenn sie den Kessel erreicht, durch ihn hindurchstreicht oder unter ihm hinweggeführt wird, noch unterscheiden: Vor-Innenfeuerung und Vor-Unterfeuerung. Die erste Art wird hauptsächlich angewendet bei ausziehbaren Lokomotivkesseln, die zweite hauptsächlich bei Batterie- und Wasserrohrkesseln. Kesselschäden können hier aus denselben Ursachen entstehen, wie bei Innen- und bei Unterfeuerung und auch die gleichen Folgen zeitigen.

Der Vorteil der Vorfeuerung ist der, daß sie sich am einfachsten und leichtesten rauchschwach feuern läßt. Ihre Nachteile sind: die besondere Raumverfordernis für die Aufstellung, sie erfordert die meisten Unterhaltungskosten und gibt auch die größten Strahlungsverluste. Besondere Kesselschäden können bei der Vorfeuerung nun noch dadurch entstehen, daß das Mauerwerk, das die vordere Kesselwandung schützen soll, einfallt; und ihre Nietverbindungen dann dem ersten Feuer ausgesetzt sind. Es entstehen dann Nietlöcherisse und in deren Gefolge Undichtigkeiten.

Der Hauptbestandteil der Feuerung ist nun der Kessel, der entsprechend den vielfachen Ausführungen von Feuerung und Kessel in noch mannigfaltigeren Formen ausgeführt wird. Die Größe des Kessels oder die Kesselfläche, die man aus Länge und Breite in Quadratmeter errechnen kann, bildet immer einen gewissen Maßstab für die Kesselgröße. Kesselfläche und Kesselgröße sind abhängig von der in der Stunde gebrauchten Dampf-

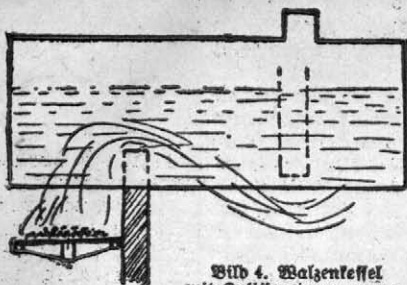
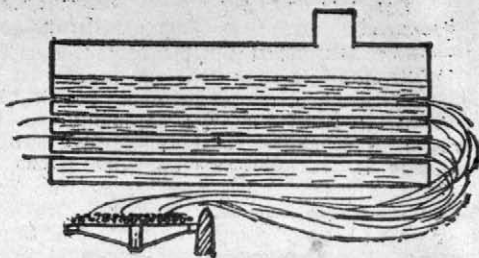
Bild 4. Walzenkessel
mit Kustfeneinmauerung

Bild 5. Heizröhrenkette

menge und dem Druck, unter dem diese Dampfmenge stehen muß. Dieser Dampfverbrauch erfordert aber das Verbrennen einer bestimmten Brennstoffmenge, die natürlich um so größer wird, je mehr der Dampfverbrauch über die als Regel angesehenen Verhältnisse steigt, je mehr der Betrieb angestrengt wird. Die Brennstoffmenge, die in einer Stunde auf einem Quadratmeter der Koflfläche verbrannt wird, nennt man die *Koflbeanspruchung*. Zahlenwerte für die Koflbeanspruchung wurden durch Versuche ermittelt und werden in folgender Tabelle mitgeteilt:

Betrieb

	mäßig	flott	stark angestrengt
Braunkohle . . .	100 kg/m ²	150 kg/m ²	250 kg/m ²
Holz und Torf . . .	90 "	130 "	210 "
Steinkohle	70 "	100 "	150 "
Koks	50 "	70 "	120 "

Diese Zahlen, die nur für Schornsteinzug gelten, lassen sich durch künstlichen Zug noch bedeutend erhöhen. Der Kofl wird ausgeführt als Plankofl, Schrägkofl oder Treppenkofl.

Bild 6.
Wasserrohrkessel mit
vorderer u. hinterer
Wasserzammer

Der Plankofl wird mit seiner Oberfläche wogrecht gelegt oder auch in der Längsrichtung ein wenig geneigt. Er eignet sich für alle Brennstoffe, ausgenommen die ganz staubigen, und auch für alle Betriebsverhältnisse. Er läßt alle Koflteile, die im ersten Feuer liegen, dem Auge offen u. zugänglich. Er muß aber von Hand beworfen werden,

was nur bei offener Feuertür geschehen kann. Daher entsteht eine Abkühlung im Feuerraum, man sieht schwarze Rauchwolken aus dem Schornstein quellen, die schweren Kohlenwasserstoffe des Brennstoffes sind nicht verbrannt, nicht ausgenutzt. Das ist ein Nachteil. Man kann ihn wegen der Handbedienung auch nur beschränkt groß wählen, außerdem ist nach einer bestimmten Betriebszeit abzuschlacken. Seine fehlerfreie Bedienung erfordert also eine gute praktische Erfahrung u. Geschicklichkeit.

Der Schrägkofl ist ein stark geneigter Plankofl. Der Brennstoff kann also aus der Kofloberfläche herunterrutschen, man braucht nur vorn nachzufüllen und darauf zu achten, daß nirgends eine freie Stelle bleibt. Das Nachrutschen erlangt man, wenn es nicht von selbst geschieht, durch Stochern oder durch Verstellen der Koflneigung. Das macht ihn natürlich für große Koflflächen geeignet, doch ist er für ungleiche Betriebsverhältnisse nicht geeignet. Als Brennstoffe kommen Holzabfälle und Steinkohlen in Rußgröße in Frage. Die Koflstäbe sind beim Schrägkofl wie beim Plankofl neben-

einander gelagert, so daß die Luft zwischen ihnen von unten nach oben in senkrechter Richtung hindurchstreichen kann. Der Treppenkofl ist auch ein Schrägkofl, bei dem aber die Koflstäbe wie eiserne Treppenstufen gelagert sind, so daß die Luft über und unter einem Koflstab hindurchstreichen muß. Man erreicht damit, daß kein Brennstoff u. verbrannt zwischen den Koflstäben hindurchfallen kann, so daß man ohne Verluste Braunkohle, Torf und ähnliches, aber nicht schlackendes Brennmaterial feuern kann.

Den hinteren Abschluß des Feuerraumes bildet die Feuerbrücke. Der Einbau der Feuerbrücke verursacht im Zug eine Einschnürung, durch die man eine starke Zugwirkung und eine Durchwirbelung der Feuergase mit Verbrennungsluft erreicht, zur Gasverbrennung also wesentlich beiträgt.

Die Leistungsfähigkeit einer Feuerung hängt von der Luftmenge ab, die den Kofst in der Zeiteinheit durchströmt, das heißt die Leistungsfähigkeit ist abhängig von den Zugverhältnissen und diese wieder von der Lage und Abmessung des Schornsteins.

Genügt der Schornsteinzug nicht, dann kann man durch seine Erhöhung Abhilfe schaffen. Ist diese Erhöhung jedoch aus Festigkeits- oder anderen Rücksichten nicht möglich, so greift man zu einer künstlichen Zugeinrichtung. Dann sei hier noch erwähnt, daß man zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit das Kesselspeisewasser und die Frischluft vorwärmt, indem man die letztere an den Abgaskanälen entlang führt und den Abdampf in besonderen Einrichtungen zum Vorwärmen des Wassers ausnützt. Zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit tragen ferner die selbsttätigen Feuerungseinrichtungen bei, die durch die verschiedenartigsten, durch die Anlagen selbst bedingte Mannigfaltigkeit der Beschädigungseinrichtungen ergänzt werden.

Um alles zu erwähnen, muß hier auch noch über die besonderen Kohlenstaubfeuerungen gesprochen werden. Diese stellen eine sehr einfache Art der Selbstbeseuerung dar. Der Kofst kommt hier in Fortfall. In die alleseitig mit Schamotte ausgekleidete Verbrennungskammer wird der Kohlenstaub mit der richtigen Luftmenge gemischt durch Düsen eingeblasen. Der Wärmegrad der Feuerung muß dauernd gleich hoch gehalten werden, das heißt also ein Luftüberschuß, der eine Abkühlung des Feuerraumes im Gefolge hat, muß ängstlich vermieden werden. Bis zu welchen Größenverhältnissen man heute mit dem Bau solcher Kohlenstaubbrennkammern geht, mögen die Angaben vor Augen führen, die in Nr. 47 der Nachrichten des VZ über die Anlagen des Großkraftwerkes Nummelsburg enthalten sind und die ich hier teilweise wiedergebe. Die Dampferzeugung mit 40 Atmosphären Betriebsdruck geschieht in 16 Kesseln von je 1650 Quadratmeter Heizfläche. Die einzelnen Brennkammern haben folgende Abmessungen: Die senkrechte Höhe von der Decke bis zum Auenrichter beträgt 7,5 Meter, die Tiefe 6,5 und die lichte Breite 8,6 Meter. Die erste Gruppe für den Antrieb einer Turbine wurde kürzlich in Betrieb genommen.

Das ist in großen Zügen das, was über die Feuerungen grundsätzlich zu sagen wäre. (Schluß folgt.)

Bücherbesprechung

C. W. Arcibels Verlag, München, hat seine Reihe der „Technischen Fachbücher“ um zwei Bände vergrößert. Bei der Neuerscheinung handelt es sich um die Hefte 7 a und 13. Die beiden von Dipl.-Ing. A. Meher herausgegebenen Lehrbücher behandeln: „Die Grundlagen der Algebra“ (H. ft 7 a) und „Der Transformator“ (H. ft 13). Der Herausgeber hat sich bemüht, den Inhalt der beiden Lehrbücher leicht verständlich zu machen. Während ihm diese Aufgabe bei der Behandlung des algebraischen Stoffes in vollkommener Weise gelungen ist, erfordert das Studium des Buches „Der Transformator“ eine Aufmerksamkeit des Lesers. Trotzdem wird jedoch das Studium für denjenigen nicht allzu schwierig, der sich mit den Rechnungsbeispielen eingehend beschäftigt. Das Verständnis der algebraischen Rechnung muß der Leser besitzen. Auch empfiehlt sich ein vorheriges Studium der elektrischen Maßeinheiten. Die Anschaffung der beiden Bücher kann allen denen empfohlen werden, welche Interesse an dem Fachgebiet des Transformatorbaus besitzen. Der Preis jedes Werkes von 2,25 M. ist als angemessen zu betrachten.

W. B.

*

Wilhelm Wolff: „Der Achtfundentag.“ Seine Geschichte und die Erfahrungen mit seiner gesetzlichen Einführung in Deutschland. 112 Seiten, brosch. 4 M. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. — Das Buch bringt in seinem ersten Teil eine ausgezeichnete Darstellung der Entwicklung der Arbeitszeit in Deutschland und den anderen Ländern, insbesondere des achtfundentägigen Arbeitstages und die Reaktion gegen den letzteren. Im zweiten Teil die Auswirkungen des Achtfundentages, ihr Einfluß auf die Arbeitsleistung, besonders in der Metall-, Chemie-, Textilindustrie,

im Handel und in Kommunalbetrieben. Im dritten Teil kritische Bemerkungen zur Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland. Daran schließt sich in einem Anhang der Text des Washingtoner Abkommens, ferner die Verordnung über die Arbeitszeit in Deutschland vom 21. Dezember 1923 und das Londoner Arbeitszeitabkommen der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien an. Das Buch leistet vorzügliche Dienste in dem gerade jetzt mit aller Schärfe zu führenden Kampf um die Wiedereinführung des gesetzlichen Achtfundentages in Deutschland. H. B.

Das Weltgebäude. Durch die Jahrtausende und im Lichte der neueren Physik. Von Ernst Wühlbach. 184 Seiten mit 2 Tafeln und 58 Abbildungen. Gebunden 5 Mk. Zu beziehen durch die Thüringer Verlagsanstalt, G. m. b. H., Jena.

Im ersten Teile werden von primitiven Anfängen an die Anschauungen der Menschen vom Himmel wiedergegeben, wie sie im Laufe der Jahrtausende wechselten und sich immer mehr erweiterten bis zu den Großtaten der Kopernikus, Kepler und Newton. Der zweite Teil gewährt einen Einblick in die Arbeitsweise neuzeitlicher Sternwäcker, untersucht eingehend die Sonne als die Lebensspenderin unseres Planeten, schildert den Lebenslauf der Fixsterne, behandelt Sternhaufen und Nebelflecke, offenbart das „Geheimnis der Milchstraße“, unserer kosmischen Heimat im weitesten Sinne, und gibt unter Zugrundelegung der neuesten physikalischen Forschungsergebnisse (Atomphysik, Radioaktivität) eine Schilderung des wechselnden Werdens im Kosmos selbst, von Weltentstehung und Weltuntergang unter Zugrundelegung einer überraschend einfachen Annahme des bekannten Physikers Rernst. Die Darstellung ist fesselnd und im besten Sinne volkstümlich belehrend. Die Ausstattung hervorragend; glänzend ist die Wiedergabe von 20 seltenen Himmelsphotographien der Lid-Sternwarte.

Kinderland, ein Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. Der Vorwärts-Verlag hat unter vorstehendem Titel auch für das Jahr 1927 ein ausgezeichnetes Weihnachtsbuch herausgegeben. Auf 111 Seiten enthält es eine Fülle belehrender und unterhaltender Aufsätze, Märchen, Rätsel, Gedichte usw. Das Auge wird gefesselt durch reichen und vielseitigen Bildschmuck, so daß es den Kindern, die es erhalten, sicherlich viel Freude machen wird. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 1,25 Mk.

Sozialdemokratischer Abreißkalender für 1927. Der vom Vorwärts Verlag herausgegebene Kalender bringt auf jedem Blatt Daten aus der Arbeiterbewegung, aus Politik, Geschichte und Literatur, ferner eine reiche Auswahl an Zitaten aus politischen und ökonomischen Werken sozialistischer Autoren. Von nahezu 100 Organisationen insbesondere auch den Gewerkschaften sind kurzgefaßte Auskünfte wiedergegeben. Das Bild jedes Blattes, in Kupfertiefdruck hergestellt, ist von bester Wirkung. Der Preis von 2 Mk. ist angemessen.

Das Geschlecht bei Tier und Mensch (seine Erscheinungen, seine Bestimmung, sein Wesen). Von Professor Dr. Julius Schögel. 1 Buchbeigabe zu den Urania Monatsheften, Jahrgang III, gebunden 2 Mk., Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. — Aus den verwirrenden Begleitumständen wird der wesentliche geschlechtliche Vorgang herausgeschält und an der Hand vieler Bilder ein Überblick über die erkaunliche Fülle von Erscheinungen versucht, die den Geschlechtsvorgang umgeben. Abschließend ist von der Geschlechtlichkeit in Beziehung zu der Sonderstellung die Rede, die der Mensch durch seine Vergesellschaftung in der Natur einnimmt, von Natur und Gesellschaft. Steis ist unmittelbar aus den Quellen der Forschung geschöpft. Das Buch darf als Meisterwerk populärer Darstellung aus der Hand des Fachmannes gelten, das vorzüglich ausgestattet ist.

Verantwortlich für die Redaktion: Alwin Brandes, Stuttgart

Druck: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötterstr. 16